

28.11.90

EG - AS - U - Wi

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an
den Rat und an das Europäische Parlament: "Industriepolitik
in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld -
Ansätze für ein Gemeinschaftskonzept"

KOM(90) 556 endg.; Ratsdok. 10200/90

880/90

KEP-AE-Nr.: 902736

Übermittelt vom Bundesminister für Wirtschaft am 28. November 1990 gemäß Artikel 2 des Gesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte (BGBl. II 1986 S. 1102 f.).

Die Vorlage ist mit Schreiben des Herrn Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 20. November 1990 dem Herrn Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt worden.

Mit dieser Mitteilung soll ein industriepolitisches Konzept für die Gemeinschaft insgesamt entwickelt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

A. Einleitung	2
I. Das Interesse der Gemeinschaft identifizieren	2
II. Die Erfahrungen aus der industriellen Anpassung	3
III. Globale Herausforderungen	4
IV. Ein industriepolitisches Konzept für die Gemeinschaft	6
B. Das Gemeinschaftskonzept	7
I. Die notwendigen Voraussetzungen des Anpassungsprozesses	9
1. Zentrale Aufgabe: Erhaltung eines wettbewerbsorientierten Umfelds	9
2. Erhaltung stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen	10
3. Sicherstellung eines hohen Bildungsniveaus	11
4. Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts	11
5. Verwirklichung eines hohen Umweltschutzniveaus	12
II. Katalysatoren des Anpassungsprozesses	13
1. Der Binnenmarkt als Faktor des Wandels	13
a) Normenwesen und Produktqualität	14
b) Öffentliches Auftragswesen	15
c) Die Abschaffung der nationalen Quoten	17
d) Ein kohärentes Rechtssystem für wirtschaftliche Tätigkeit	17
e) Gesamteuropäische Netze	18
2. Die Gemeinschaft als offener Handelspartner	18
III. Beschleunigung des Anpassungsprozesses	19
C. Ein kohärentes und effizientes Vorgehen	21
I. Erhaltung des Trends zu internationalen Investitionen	23
II. Stärkung des Wettbewerbs nach innen und nach außen	23
III. Ausnutzung der Vorteile der Gemeinschaft	24
D. Schlußfolgerungen	24

A. Einleitung

Das Thema "Industriepolitik" gibt seit vielen Jahren Anlaß zur Diskussion innerhalb der Gemeinschaft. In jüngster Zeit hat sich auch das Europäische Parlament eingehend mit dieser Frage auseinandergesetzt. Die Debatte zum Thema Industriepolitik leidet jedoch unter dem Fehlen eines angemessenen konzeptionellen Rahmens. Auch die Idee der globalen Wettbewerbsfähigkeit, die häufig als das Ziel der Industriepolitik hingestellt wird, ist verschwommen und zweideutig.

Es ist daher an der Zeit, das Konzept einer modernen Industriepolitik für die Gemeinschaft aufbauend auf den Erfahrungen des derzeitigen globalen Wettbewerbsumfeldes zu klären. Mehrere Gründe sprechen für eine solche Klärung:

- Die Volkswirtschaften der Gemeinschaft haben in den letzten Jahren tiefgreifende strukturelle Veränderungen erfahren und sind mittlerweile an einem Wendepunkt angelangt;
- Trotz des hohen Tempos der strukturellen Anpassung bleibt noch viel zu tun;
- Die künftige industrielle Wettbewerbsfähigkeit in der Gemeinschaft wird in zunehmendem Maße durch ihre Fähigkeit bestimmt, mit großen globalen Herausforderungen und insbesondere dem Wettbewerb seitens ihrer wichtigsten Partner in der Welt fertig zu werden;
- Mit der Vollendung des Binnenmarktes und dem zunehmend transnationalen Charakter der Wirtschaft müssen die Antworten auf die Probleme der industriellen Wettbewerbsfähigkeit mehr und mehr auf Gemeinschaftsebene gesucht werden.

In der Gemeinschaft besteht zumindest implizit ein zunehmender Konsens, mit welcher Art der Politik die Voraussetzungen für eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie zu schaffen sind. Der sich hier abzeichnende Konsens basiert weitgehend auf den Erfahrungen mit der in den letzten 4 bis 5 Jahren in der Gemeinschaft verfolgten Politik. Es geht im Kern nicht mehr darum, ob wir eine Industriepolitik brauchen, sondern welche Rahmenbedingungen vorhanden sein müssen, um eine optimale Ressourcenallokation über den Markt zu bewirken, den strukturellen Anpassungsprozeß zu beschleunigen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu erhöhen und langfristige industrielle und vor allem technologische Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Rolle des Staates ist vor allem die eines Katalysators und innovativen Wegbereiters. Die Hauptverantwortung für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit liegt bei den Unternehmen selbst, aber dafür müssen sie vom Staat klare und berechenbare äußere Rahmenbedingungen und Perspektiven für ihre Tätigkeit erwarten können.

1. Das Interesse der Gemeinschaft identifizieren

Bezugspunkt bei der Entwicklung eines industriepolitischen Konzepts muß das Gemeinschaftsinteresse sein. Dies erfordert Überlegungen

- zur relativen Situation der Gemeinschaftsindustrie,
- zu den maßgeblichen Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten
- und dazu, wie die verschiedenen Teilnehmer diese Wettbewerbsfähigkeit verbessern helfen können, indem sie ihre Verantwortung kohärent und strukturiert wahrnehmen.

Nach Überzeugung der Kommission kann nur eine wettbewerbsfähige Industrie die Gemeinschaft befähigen, ihre Position in der Weltwirtschaft zu halten, was das ureigenste Interesse der Gemeinschaft ist.

Diese Überlegungen müssen basieren auf

- der Definition der gemeinsamen Interessen und der potentiellen Konfliktzonen mit ihren großen Konkurrenten,
- einer vorausschauenden Analyse der relativen Position der Gemeinschaft auf industriellem und technologischem Gebiet,
- einer Erörterung der industriellen Probleme in einer mittelfristigen Sicht,
- einer aktiven Partnerschaft zwischen allen Beteiligten (Unternehmen, Sozialpartner, wissenschaftliche Einrichtungen und lokale, regionale, nationale und gemeinschaftliche Instanzen)
- und gemeinsamen Aktionen zugunsten neuer Formen der industriellen Zusammenarbeit auf Gebieten, wo wir mit unseren Partnern gemeinsame Interessen haben.

II. Die Erfahrungen aus der industriellen Anpassung

Die Volkswirtschaften der Gemeinschaft haben in den letzten 4 bis 5 Jahren tiefgreifende Veränderungen erfahren. Diese Veränderungen bestanden einmal in einer umfassenden makroökonomischen Stabilisierung, die eine Rückkehr zu nichtinflationärem Wachstum erlaubte, zum anderen in einer weitreichenden strukturellen Anpassung und schließlich in einem seit den frühen siebziger Jahren nicht mehr dagewesenen industriellen Wiederaufschwung. Diese globalen Veränderungen, zu denen ein langer und schmerzlicher Weg führte, wurden vor allem durch drei Faktoren gestützt, für die die Gemeinschaft den idealen Rahmen abgab und bei denen im Gegenzug ein hohes Maß an Gemeinschaftskonsens festzustellen war: gesamtwirtschaftliche Stabilisierung, Vollendung des Binnenmarktes und wichtige Maßnahmen in Hinblick auf eine Stärkung der wirtschaftlichen und technologischen Basis.

Dieser policy-mix führte zu einer bedeutsamen Abkehr von einer Wirtschaftssituation, von der zu Beginn des letzten Jahrzehnts nahezu einhellig angenommen worden war, daß sie zu Stagflation, hoher Arbeitslosigkeit und industriellem Niedergang verurteilt war. Der Erfolg der Kombination von makroökonomischer und struktureller Politik kann nicht zuletzt auf folgende Merkmale zurückgeführt werden, die auch für die Zukunft maßgeblich bleiben werden:

- Erstens: das Eingeständnis, daß die Wirtschaft der Gemeinschaft und insbesondere die Industrie mit einem permanenten strukturellen Anpassungserfordernis konfrontiert ist. Die richtige Reaktion auf diese Herausforderungen besteht nicht in Flickschusterei, sondern in **Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis**. Eine solche Politik muß langfristig angelegt sein, um das Vertrauen in der Wirtschaft zu stärken.
- Zweitens müssen sich die auf makroökonomischer und auf mikroökonomischer Ebene geführten Ansätze gegenseitig verstärken, und auf einem breiten Konsens zwischen den Mitgliedstaaten basieren. Hinsichtlich der Konvergenz der nationalen Wirtschaftspolitiken sind in den

vergangenen Jahre beachtliche Fortschritte erzielt worden, die weiter vertieft werden müssen. Das EWS als Vorstufe zu einer Wirtschafts- und Währungsunion leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

- Drittens ist ein hoher Grad an Kongruenz und Transparenz des politischen Handelns erforderlich. Dies hat sich ebenfalls deutlich positiv auf die Investitionen der Industrie, die längerfristige Perspektiven verlangen, ausgewirkt.

Die heutige Industriepolitik muß aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen. In den siebziger Jahren lasteten die beiden Ölschocks weitgehend auf den Schultern der Unternehmen - mit nachteiligen Folgen für ihre finanzielle Position und ihre Fähigkeit zu investieren und so wettbewerbsfähig zu bleiben. Die achtziger Jahre hingegen brachten einen merklichen Anstieg der Rentabilität. Die Unternehmen fanden nach und nach zu einer ausgewogeneren Finanzposition zurück und konnten dadurch umfangreiche Investitionsprogramme zum Ausbau ihrer Kapazität und zur Stärkung ihrer Produktivität durchführen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die industrielle Anpassung in der Gemeinschaft noch ein gutes Stück weitergehen muß, damit es gelingen kann, die hohe Arbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten in den Griff zu bekommen und sich noch erfolgreicher auf den Weltmärkten zu behaupten.

III. Globale Herausforderungen

Trotz der in letzter Zeit insgesamt positiven Entwicklung der Gemeinschaftsindustrie lassen die kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsperspektiven bereits heute neue globale Herausforderungen für die Industrie sowie einige makroökonomische Unsicherheitsfaktoren erkennen. Auch wenn die in den frühen achtziger Jahren viel zitierten Schlagworte von Eurosklerose und Europessimismus mittlerweile überholt sind, besteht kein Anlaß zu Selbstgefälligkeit. Nur hervorragende Leistungen im technologischen, kommerziellen und finanziellen Bereich sichern unseren hohen Lebensstandard und ermöglichen die notwendigen Ausgaben im Sozial- und Umweltbereich. Das Umfeld für die europäische Industrie wird zunehmend schwieriger werden:

- Der Wettbewerb auf dem Weltmarkt wie auch auf dem Gemeinschaftsmarkt wird immer globaler und gleichzeitig unerbittlicher. Die industriellen Erfolge, die die wichtigsten Konkurrenten der Gemeinschaft auf mehreren Gebieten errungen haben, wo sie heute die Höhe der Meßlatte für den weltweiten Wettbewerb bestimmen, zwingen die Gemeinschaft, sich die Frage zu stellen, wo ihre langfristigen industriellen Interessen liegen. Auch wenn die Unternehmen der Gemeinschaft in zahlreichen Spitzentechnologien (Raumfahrt, Chemie und Pharmazeutik) nach wie vor eine unangefochtene Position halten, dürfen doch ihre Schwierigkeiten in bestimmten Elektronikbereichen (Informatik, Halbleiter, Bauteile) nicht übersehen werden, wo die internationale Wettbewerbssituation insbesondere angesichts der hohen Konzentration der Weltproduktion und der "Zugangsschranken" besonders besorgniserregend ist.
- Technologisches Know-how erfordert einen immer höheren Kapitaleinsatz und die Produktzyklen werden ständig kürzer. Gewiß befinden sich verschiedene neue Schlüsseltechnologien (neue Werkstoffe, fortgeschrittene Elektronik- und Informationssysteme, integrierte Produktionsverfahren, Anwendungen der Biowissenschaften) auch in Händen der Gemeinschaft, doch wird die industrielle Nutzung zunehmend schwieriger. Nur wer sich ständig an der Spitze des technologischen Fortschritts behauptet, kann seine eigene Wettbewerbsfähigkeit erhalten und steigern. Dies gilt nicht nur für

die Art der angebotenen Produkte, sondern auch für die Produktionstechniken.

- **Die Rolle globaler Unternehmensstrategien ist heute entscheidend.** Als Folge davon werden Produktionsstandortentscheidungen auf der Basis eines systematischen Vergleichs der Produktionsbedingungen getroffen. Die Gemeinschaft hat den Vorteil, daß eine Anzahl großer globaler Unternehmen ihren Sitz in der Gemeinschaft haben. Damit diese Unternehmen ihre Präsenz in Europa aufrechterhalten und ausbauen, muß die Gemeinschaft als Produktionsstandort insgesamt attraktiv bleiben. Die industrielle Dichte ist dafür von ausschlaggebender Bedeutung. Ebenso wichtig ist, daß die Unternehmen der Gemeinschaft auf den Märkten ihrer großen Konkurrenten präsent sind.
- **In dem Maße, wie konkurrierende Ansprüche an die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse angemeldet werden, gestalten sich auch die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für produktive Investitionen schwieriger.** Hervorzuheben sind u.a. drei Entwicklungen: die zunehmende Bedeutung umweltpolitischer Anliegen, die Notwendigkeit, in Mittel- und Osteuropa gesunde und wettbewerbsfähige Volkswirtschaften aufzubauen, sowie die Bewältigung der Folgen aus einer sich verändernden Alterspyramide unserer Gesellschaft. Während die beiden ersten Entwicklungen einen hohen Investitionsbedarf mit sich bringen, verlangt letzteres zusätzliche finanzielle Ressourcen für die soziale Absicherung im Alter. Der gesamtwirtschaftliche Kapitalbedarf nimmt dadurch insgesamt zu, so daß die Rentabilität privater Investitionen noch wichtiger wird.
- **Schließlich sollte bei den heutigen Entwicklungen niemals vergessen werden, vor welchen Unsicherheiten das produzierende Gewerbe des Westens nach wie vor steht.** Zwar hat sich das makroökonomische Umfeld in der Gemeinschaft in letzter Zeit deutlich verbessert, doch reagiert die Wirtschaft empfindlich auf externe Veränderungen bei den Wechselkursen und Ölpreisen. Mit Wachsamkeit muß die Gemeinschaft auch die Lage der Entwicklungsländer verfolgen, die wegen des schwachen Fundaments ihrer Wirtschaft - vor allem als Folge der hohen Auslandsverschuldung, des Preisverfalls bei bestimmten Rohstoffen und der Schwierigkeiten beim Export traditioneller Produkte - noch empfindlicher auf äußere Veränderungen reagieren. Den Entwicklungsländern helfen, einen Ausweg aus der Krise zu finden, liegt im ureigensten Interesse der Gemeinschaft. Umso wichtiger ist eine noch intensivere wirtschaftspolitische Kooperation mit dem Ziel, weltwirtschaftliche Turbulenzen in gemeinsamer Verantwortung zu vermeiden.

Zusammenfassend bringt diese Gesamtkonstellation für die Industrie der Gemeinschaft vier große Herausforderungen:

- **Der Lebensstandard und der Beschäftigungsstand in der Gemeinschaft wird weiterhin davon abhängen, ob die Industrie im internationalen Wettbewerb zu bestehen vermag.** Dies wiederum setzt voraus, daß die Industrie der Gemeinschaft im technologischen Wettbewerb an vorderer Stelle steht, hohe Produktivitätsgewinne erzielt, ausreichend in Humankapital investiert und vor allem einen raschen strukturellen Wandel akzeptiert. Zu dieser industriellen Strategie gibt es keine Alternative, damit die Gemeinschaft ihr hohes Wohlstandsniveau halten und weiter verbessern kann.
- **Unabdingbare Voraussetzung wird weiterhin sein, daß die Unternehmen der Gemeinschaft mehr und effizienter sowohl in Ausrüstung als auch in technologisches Know-how sowie in berufliche Bildung und Qualifikation**

investieren. Hierzu müssen die Unternehmen ausreichende finanzielle Ressourcen erwirtschaften können, was wiederum bedeutet, daß die Erhaltung des Rentabilitätsniveaus oberstes Gebot sein muß. Die Folgen auf dem Gebiet der Lohn- und Steuerentwicklung sollten voll anerkannt werden.

- **Die Fähigkeit, die Verbreitung der technologischen Innovation zu beherrschen**, wird einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil bedeuten. So wird die Fähigkeit der Gemeinschaftsindustrie, die Möglichkeiten und die Ergebnisse der Forschung und technologischen Entwicklung in Europa zu nutzen, mehr denn je für ihre industrielle Wettbewerbsfähigkeit von Bedeutung sein. Noch wichtiger aber wird die Fähigkeit der Industrie sein, auf allen unternehmenspolitischen Gebieten - auch im Kleinen - innovative Problemlösungen zu verwirklichen und einen besseren Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage bei Waren und Dienstleistungen herbeizuführen.
- **Die Fähigkeit, das Humanpotential zu entwickeln**, um den technologischen Wandel und die neue Organisation der Arbeit zu bewältigen. Dies erfordert insbesondere eine bessere Kenntnis des künftigen Qualifikationsbedarfs der Gemeinschaftsindustrie.

Die Kommission ist auf diese Herausforderungen gut vorbereitet. Die Vollendung des Binnenmarktes stellt einen Schlüssel für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dar. Darüber hinaus bieten die Perspektiven für die europäische Wirtschaft und die Entwicklungen in Osteuropa zusätzliche Möglichkeiten.

IV. Ein industriepolitisches Konzept für die Gemeinschaft

Mit der vorliegenden Mitteilung soll ein industriepolitisches Konzept für die Gemeinschaft als Ganzes entwickelt werden. Vorrangig geht es darum, angemessene Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu schaffen und einen positiven, offenen und dem Subsidiaritätsprinzip verpflichteten Ansatz zu wählen. Die Forderung nach einem solchen Konzept für die Gemeinschaft leitet sich ab aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre sowie aus den wichtigsten Eigenschaften der europäischen Wirtschaft. Sektorale industriepolitische Konzepte können zwar vorübergehend erfolgreich sein, aber sie bergen unvermeidlich die Gefahr einer verschleppten Strukturanpassung und damit künftiger Arbeitsplatzverluste. Die Einbindung in den internationalen Handel und die Beachtung der hier geltenden Spielregeln liefern der Wirtschaft die richtigen Signale und schließen aus, daß die Gemeinschaft Zuflucht zu den verschiedenen Arten von defensiven Maßnahmen nimmt, die gewöhnlich dazu dienen, die einheimischen Produzenten bei der Verfolgung dieser Politik zu schützen. Ein für alle gleiches kompetitives Umfeld ist erfahrungsgemäß die beste Gewähr für eine starke, wettbewerbsfähige Industrie.

Das industriepolitische Konzept der Gemeinschaft sollte folglich ein angemessenes Gleichgewicht zwischen folgenden Kernelementen umfassen:

- **Erstens: stabile und langfristige Rahmenbedingungen für ein wirksames Funktionieren der marktwirtschaftlichen Prinzipien zu schaffen, d.h. Erhaltung eines wettbewerbsorientierten wirtschaftlichen Umfelds, eines hohen Bildungsstandards, eines starken sozialen Zusammenhalts und eines hohen Umweltschutzniveaus.**
- **Zweitens sind die wichtigsten Katalysatoren für den strukturellen Anpassungsprozess zu entwickeln. Hierbei fällt der Vollendung des Binnenmarktes eine strategische Rolle zu. Die Grundsätze, auf denen das Binnenmarktprogramm basiert - rechtliche Harmonisierung der wesentlichen Bereiche sowie ansonsten gegenseitige Anerkennung des nationalen Rechts**

der Mitgliedstaaten -, bieten der Industrie in der Gemeinschaft optimale Entwicklungschancen.

- Drittens die Instrumente zur Beschleunigung der strukturellen Anpassungsprozesses zu entwickeln, die technologische Basis zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit - insbesondere durch Nutzung der Chancen der regionalen Vielfalt und Förderung der KMU - zu erhöhen.

B. Das Gemeinschaftskonzept

Der Binnenmarkt trägt entscheidend dazu bei, daß die Unternehmen über die nationalen Grenzen hinaus strategisch denken und handeln. Dieser Prozeß der Internationalisierung ist durch andere Maßnahmen zu erleichtern, die darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie im in- und ausländischen Wettbewerb zu stärken. Der Binnenmarkt steht auch Unternehmen aus Drittstaaten offen. Umso wichtiger ist es, die europäischen Unternehmen auf den verschärften Wettbewerb vorzubereiten.

Der Prozeß, mit dem sich die Industrie permanent an die Marktsignale anpaßt, läßt sich am besten mit dem Begriff "strukturelle Anpassung" umschreiben. Dieser Prozeß beinhaltet, daß die Ressourcen in Reaktion auf die Marktsignale ständig in die produktivsten Verwendungen verlagert werden, womit gleichzeitig ein ständig höherer Lebensstandard erreicht wird. Strukturelle Anpassung und internationale Wettbewerbsfähigkeit sind eng miteinander verknüpft. Die Fähigkeit zu marktgerechtem Produzieren setzt die möglichst schnelle Anpassung der Kapazitäten an die Nachfrage voraus, die das Fundament der strukturellen Anpassung bildet. Die europäische Industrie muß ihren eigenen Weg finden, aber sie muß auch bereit sein, von anderen zu lernen. Die europäische Industriepolitik muß daher vernünftige Rahmenbedingungen bereitstellen, die es der Industrie ermöglichen, auch im Weltmaßstab erfolgreich zu konkurrieren. Ein funktionsfähiger Wettbewerb sowie wirksame finanzielle und gesellschaftliche Anreize für Unternehmensgründungen sind die wichtigsten Voraussetzungen zur Schaffung des notwendigen marktwirtschaftlichen Nährbodens.

Dem industriepolitischen Konzept der Gemeinschaft liegt deshalb der Wille zugrunde, ein möglichst effizientes Funktionieren der Märkte zu fördern. Eine dynamische Industriepolitik bezieht sich auf die effiziente und konsistente Durchführung all derjenigen Aktivitäten, die einen Einfluß auf strukturelle Anpassungsprozesse der Wirtschaft haben. Diese industriepolitische Konzeption läßt sich durch drei Grundsätze charakterisieren:

- Erhaltung günstiger Rahmenbedingungen für die Unternehmen

Eine funktionierende Marktwirtschaft erfordert, daß die Initiative und Verantwortung für die strukturelle Anpassung in erster Linie bei den wirtschaftlichen Akteuren liegt. Dies bedeutet, daß die öffentliche Hand zwar flankierend eingreifen kann, um diesen Prozeß zu unterstützen und zu beschleunigen, insbesondere bei der Schaffung der notwendigen Strukturen (Bildung, Energie, Telekommunikation und Forschung), aber nicht die unternehmerischen Entscheidungen ersetzen kann. Risiko und Ertrag sind untrennbar miteinander verbunden und müssen von den Firmen selbst getragen werden. Die dafür notwendigen Rahmenbedingungen für die Industrie sind nicht immer einfach herzustellen, da Sonderinteressen auf Kosten des freien Spiels der Marktkräfte eine Vorzugsbehandlung durchzusetzen versuchen. Die europäische Industriepolitik muß die Unternehmen davon überzeugen, daß sich solche wettbewerbshemmenden Faktoren auf Dauer gegen die Begünstigten richten.

Die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Unternehmen schließt die Beseitigung überflüssiger und hemmender bürokratischer Vorschriften ein. Diesem Anspruch müssen auch die Gemeinschaftspolitiken genügen. Der Binnenmarkt ist so unbürokratisch wie möglich zu verwirklichen. Dazu gehört insbesondere ein horizontaler Ansatz bei der Rechtsangleichung; sektor-spezifische Regelungen sollten nur in begründeten Ausnahmen angestrebt werden. Die Gemeinschaft wie auch die Mitgliedstaaten haben deshalb in den letzten zehn Jahren Maßnahmen ergriffen, mit denen speziell sichergestellt werden soll, daß bei der Weiterentwicklung der Rechtsvorschriften und der Verfahren der Notwendigkeit Rechnung getragen wird, daß der Industrie und speziell den kleineren Unternehmen keine unverträglichen Lasten aufgebürdet werden. Das so geschaffene freiere Unternehmensklima hat zur Entstehung und Entwicklung vieler kleiner Unternehmen geführt, was wiederum maßgeblich zum Beschäftigungswachstum beigetragen hat.

Diese Maßnahmen müssen fortgesetzt werden, wenn ein gesundes unternehmerisches Klima erhalten bleiben soll. Besonders wichtig sind dabei Vorkehrungen, die sicherstellen, daß Vertreter der Industrie einschliesslich der KMU in einer möglichst frühen Phase der Vorbereitung von für sie relevanten Vorschlägen gehört werden. Dies bedeutet nicht, daß legitime politische Ziele, beispielsweise im sozialen Bereich, im Umweltbereich und im Verbraucherschutz, den Interessen der Industrie geopfert werden müssen. Ihre Auswirkungen auf die Industrie müssen jedoch in Betracht gezogen werden, so daß ein sinnvolles und ausgewogenes Vorgehen gewählt werden kann.

- Ein positives Konzept der industriellen Anpassung

Ein positives Konzept der industriellen Anpassung beinhaltet eine Entscheidung zugunsten einer Politik, bei der die öffentliche Hand keine "defensiven" protektionistischen Industriestrategien anwendet, wie sie in der Vergangenheit immer wieder gewählt wurden, sei es weil die notwendigen Anpassungen nicht rechtzeitig erkannt wurden oder auf diese Weise die erforderliche Anpassung erleichtert werden sollte. Dies ist jedoch nur zum Teil gelungen z.B. in der Stahlpolitik. So dienten die meisten sektoralen Politiken in Wirklichkeit eher soziale Ziele als der Anpassung. Dagegen sollte sich der industriepolitische Ansatz der Gemeinschaft auf die aktive Förderung positiver Anpassung gründen. Sektorale Politiken haben den strukturellen Anpassungsprozeß zu fördern und nicht zu verzögern. Daraufhin sind die sektorspezifischen Maßnahmen sorgfältig zu überprüfen und ggf. anzupassen.

- Beibehaltung einer offenen Marktkonzeption

Eine optimale Ressourcenallokation erfordert, daß die Märkte innerhalb wie außerhalb der Gemeinschaft offen sind. Ohne offene Märkte können die Vorteile des Wettbewerbs und der Spezialisierung nicht genutzt werden. Die Marktöffnung sollte deshalb generell sein, und alle Partner müssen an diesem Prozeß auf der Basis gegenseitigen Verständnisses und effektiver Anwendung der Spielregeln, die ein wirksames Funktionieren des Außenhandels gewährleisten, beteiligt werden.

Die Gemeinschaft wird ebenfalls für Direktinvestitionen aus Drittstaaten offen bleiben. Direktinvestitionen sind ein belebendes kompetitives Element, durch das technologisches Wissen und industrielle Kompetenz ausgetauscht und die weltwirtschaftlichen Verflechtungen auf eine breitere Grundlage gestellt werden.

Die drei wichtigsten Stufen der strukturellen Anpassung sind :

- Voraussetzungen für die Auslösung des Prozesses der strukturellen Anpassung;

- *Katalysatoren, die die Bereitschaft der Unternehmen zu Anpassungen - als Reaktion auf Sachzwänge und Chancen - beeinflussen;*
- *Akzeleratoren, die sich fördernd auf den Verlauf des Prozesses auswirken.*

I. Die notwendigen Voraussetzungen des Anpassungsprozesses

Damit sich die Industrie aktiv an dem Prozeß der strukturellen Anpassung beteiligen kann, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein.

1. Zentrale Aufgabe: Erhaltung eines wettbewerbsorientierten Umfelds

Zur Sicherung der Wettbewerbsbedingungen ist es entscheidend, daß **erstens größte Wachsamkeit bei sehr großen Unternehmenszusammenschlüssen geübt wird.** Mit dieser Wachsamkeit sollte eine **bestmögliche Kombination zwischen den Erfordernissen des internationalen Wettbewerbs und der Erhaltung ausgewogener Wettbewerbsbedingungen zwischen den Unternehmen auf dem Inlandsmarkt sichergestellt werden.**

Die Globalisierung der Märkte erlaubt wesentlich größere Skalenerträge, aber auch eine stärkere Spezialisierung auf abgegrenzte Marktsegmente. Mit der zunehmenden Standardisierung von Produkten gewinnen Faktoren wie Produktinnovation, Produktionsqualität, Design und Verlässlichkeit gegenüber den traditionellen Faktoren wie Marktnähe, Vertriebssysteme und Verbrauchertreue an Bedeutung. Die Grundlagen des Wettbewerbs verändern sich außerdem durch höhere Zugangsbarrieren aufgrund höherer Mindestgrößen für effiziente Produktionsweisen sowie höhere Forschungs- und Entwicklungsanforderungen. Dem muß auch wettbewerbspolitisch Rechnung getragen werden. Entscheidend ist dabei, daß sich die Kontrolle der Unternehmenszusammenschlüsse nicht auf die Gemeinschaftsmärkte beschränkt, wenn diese einem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind.

Angeichts dieser Globalisierungstendenzen müssen die europäischen Unternehmen in der Lage sein, die jeweiligen Bedingungen des Wettbewerbs zu erfüllen. Dies wiederum setzt voraus, daß der relevante Markt, auf dem es den Wettbewerb zu erhalten gilt, sorgfältig definiert wird. Länder mit international erfolgreichen Industriesektoren verfügen in der Regel über mehrere wettbewerbsfähige Unternehmen in der gleichen Branche, auch wenn ihre Inlandsmärkte recht klein sind. Inländische Konkurrenz zwischen den Unternehmen hat sich als ein wichtiges Element für den Erfolg auf den Auslandsmärkten erwiesen. Die Vollendung des Binnenmarktes dürfte die notwendige Basis schaffen, damit Unternehmen ausreichender Größe entstehen können und auf dem Markt ein effektiver Wettbewerb herrschen kann. Da die Wettbewerbsbedingungen je nach Sektor sehr unterschiedlich sind und sie sich auch im Laufe der Zeit ändern, müssen sie ständig einer Analyse unterzogen werden.

Mit der Verordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ist das notwendige rechtliche Instrumentarium für eine gemeinschaftliche Prüfung von großen Fusionen und Übernahmen geschaffen worden. Die Verordnung sichert ein hohes Maß an Rechtssicherheit und raschem Eingreifen, das die Unternehmen für eine erfolgreiche Unternehmensstrategie im Bereich des Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt benötigen. Diese Unternehmensstrategie muß natürlich auch die Möglichkeit der Expansion im Wege der Fusion und der Übernahme beinhalten, vorausgesetzt, daß auf den betreffenden Märkten ein echter Wettbewerb erhalten bleibt. Die Verordnung gewährleistet eine rasche Genehmigung all jener Unternehmenszusammenschlüsse, die den Wettbewerb nicht beeinträchtigen werden.

- **Zweitens müssen finanzielle Fördermaßnahmen der öffentlichen Hand strikt geprüft und kontrolliert werden.** In dem Maße, wie andere Formen des

Protektionismus ausscheiden, gewinnen staatliche Beihilfen als wettbewerbshindernder Mechanismus immer mehr an Bedeutung. Neben ihrem negativen Wettbewerbseffekt können staatliche Beihilfen auch gewichtige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Konvergenz innerhalb der Gemeinschaft haben. Hochentwickelte Mitgliedstaaten werden immer in der Lage sein, weniger entwickelte Mitgliedstaaten an der Peripherie der Gemeinschaft zu überbieten. So entfallen auf die vier größten Mitgliedstaaten 88 % aller gewährten staatlichen Beihilfen. Ziel der Industriepolitik muß es sein, die Bedingungen dafür zu schaffen, diese Beihilfen besser zu kontrollieren.

Wichtig ist, daß die öffentlichen Ausgaben nicht wettbewerbsfeindliche Mechanismen decken, die die Strukturanpassung behindern, anstatt einen positiven Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zu leisten. Die Wirksamkeit der auf die Verbesserung des Zusammenhalts ausgerichteten Gemeinschaftspolitiken könnte außerdem durch allmähliche Verringerung der Beihilfenintensität in den wirtschaftlich besonders florierenden Zentralregionen verbessert werden.

Der Zusammenhang zwischen Kontrolle staatlicher Beihilfen und wirtschaftlicher Konvergenz weist mehrere Aspekte auf. Die Einhaltung der Beihilfenhöchstsätze für die Zwecke der Regionalentwicklung muß strikt durchgesetzt werden. Maßgebend für die Ansiedlung eines standortungebundenen Betriebs ist weniger die absolute Höhe der gewährten Beihilfen als die Differenz zwischen den Beihilfensätzen. Für weniger entwickelte Mitgliedstaaten bestehen deshalb gewichtige Möglichkeiten zu Haushaltseinsparungen, wenn eine angemessene Differenz in den Förderungssätzen auf niedrigerem Niveau erhalten bleibt.

Neben nationalen staatlichen Beihilfen muß auch die Gewährung von Beihilfen in Form von Bar- oder Sachleistungen durch die regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften überwacht werden. Diese Beihilfen kommen zu den staatlichen Beihilfen hinzu und können die der Kohäsion abträglichen Verzerrungen noch vergrößern, zumal die öffentliche Hand in den reicheren Teilen der Gemeinschaft großzügigere Anreize zu bieten imstande ist.

Der Sinn der regionalen Entwicklungsförderung kann auch durch fortbestehende sektorale Beihilfen verzerrt werden, die durch Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb einer Industrie auch die optimalen Standortentscheidungen negativ beeinflussen. Sektorspezifische Beihilfen müssen zeitlich und von der Größe her begrenzt werden, sie sind degressiv auszugestalten. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Erleichterung der strukturellen Anpassung. Schließlich darf es nicht dadurch erneut zu einer sektoralen Subventionierung kommen, daß bestehende Regionalentwicklungsprogramme für hochentwickelte Gebiete der Gemeinschaft in Anspruch genommen werden, insbesondere für kapitalintensive Investitionen. Die Beendigung des internationalen Subventionswettkampfs ist eine wichtige Voraussetzung für den Subventionsabbau in der Gemeinschaft. Die wichtigsten Handelspartner der Gemeinschaft müssen eine striktere Beihilfendisziplin anwenden.

2. Erhaltung stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen

Mit der Rückkehr zu stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und somit zu einem besseren Funktionieren des Preismechanismus wurden die Voraussetzungen für die industrielle Neubelebung in der Gemeinschaft geschaffen. Auch für die Zukunft muß sichergestellt sein, daß diese Bedingungen, insbesondere was die Spar- und Investitionstätigkeit betrifft, fortbestehen.

Die Investitionskraft der Unternehmen und damit ihre Fähigkeit zur Anpassung an die Marktbedingungen wird in starkem Maße von der Finanz- und Steuerpolitik beeinflusst. Auf der einen Seite muß die öffentliche Hand in der Lage sein, sich die für ihre Tätigkeiten notwendigen finanziellen Mittel zu beschaffen, wozu auch die direkte Besteuerung der Unternehmen gehört. Auf der anderen Seite hat die

steuerliche Behandlung, insbesondere der Gewinne und Abschreibungen, Auswirkungen auf die Kosten der für Investitionszwecke bestimmten Finanzmittel und deren Verfügbarkeit. Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die steuerliche Behandlung der Abschreibungen und der Gewinnrückstellungen. In einer Zeit wachsenden internationalen Wettbewerbs kann der Effekt solcher Maßnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nicht unberücksichtigt gelassen werden. Der Kapitalstock wird durch technologische Erneuerungen wirtschaftlich immer schneller entwertet. Daraus ergibt sich ein erhöhtes Erfordernis der Eigenkapitalbildung, die auch steuerlich zu fördern ist, wie dies in einigen Mitgliedstaaten bereits der Fall ist.

3. Sicherstellung eines hohen Bildungsniveaus

Ein hohes Ausbildungsniveau ist das Fundament des für eine hochentwickelte Volkswirtschaft erforderlichen Angebots an Humankapital. Immer mehr rückt die Fähigkeit zur Entwicklung und Assimilierung neuer Technologien und organisatorischer Methoden und zur Anpassung an eine von kultureller Vielfalt geprägte Umwelt als Voraussetzung für wirkliche strukturelle Anpassung gegenüber dem Wissensniveau als solchem in den Vordergrund. Lebenslanges Lernen sollte deshalb die Regel werden, um die berufliche Qualifikation an steigende Anforderungen anzupassen. Eine breite Allgemeinbildung ist ein wichtiger Standortvorteil für die europäische Industrie, der durch die stärkere Herausbildung spezialisierter Kenntnisse im nachschulischen Bereich noch verstärkt werden kann. Eine beständige marktnahe Forschung und Weiterbildung ist notwendig, um Wettbewerbsvorsprünge auf spezialisierten Märkten zu behaupten oder zu erlangen.

4. Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts

Die Vielfalt der europäischen Regionen birgt gleichermaßen Herausforderungen und Chancen. Die Effizienz des Binnenmarktes läßt sich durch einen stärkeren wirtschaftlichen Zusammenhalt zwischen den Regionen der Gemeinschaft noch erhöhen. Bei der Anpassung der Regionen an die Verhältnisse des Binnenmarktes 1992 helfen die Strukturfonds der Gemeinschaft, die zu diesem Zweck aufgestockt wurden. Ihre Intervention setzt bei für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen maßgeblichen Faktoren ein, beispielsweise der technologischen Infrastruktur und der Qualität der menschlichen Ressourcen. Wirtschaftliche Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten und stärkerer Zusammenhalt zwischen den Regionen entwickeln sich spontan zwischen Ländern und Regionen, die ein höheres Niveau wirtschaftlicher Entwicklung erreicht haben. Den Industrien in den verglichen mit den Zentralregionen der Gemeinschaft deutlich weniger entwickelten Regionen muß daher der Zugang zu jenen Infrastrukturen gesichert werden, die die Voraussetzung sind, damit sie mit den anderen Regionen - innerhalb wie außerhalb der Gemeinschaft - besser mithalten können. Eine maßgebliche Rolle bei diesem Prozeß fällt dem Dialog und der Partnerschaft zwischen Industrie und öffentlicher Hand zu.

Eine flexible, innovative und wissensintensive Industrie ist auf einen festen sozialen Zusammenhalt angewiesen. Die Unterrichtung, die Anhörung und die Mitwirkung der Arbeitnehmer bei den Unternehmensentscheidungen kann die strukturelle Anpassung erleichtern, indem sie das Vertrauen in die unternehmerischen Entscheidungen sichert und die rasche Einführung neuer Arbeitsmethoden und die Umsetzung von Arbeitskräften innerhalb des Unternehmens unterstützt. Eine Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer auf allen Verantwortungsebenen im Betrieb trägt zu ihrer Motivation bei und erhöht ihre Bereitschaft zur Veränderung. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Bedürfnissen der verschiedenen beteiligten Parteien wird bei diesem Prozeß eine wichtige konstruktive Rolle zu spielen haben.

Die Anpassung kann unter diesen Umständen auch besser bewältigt werden, wenn ein angemessenes soziales Schutzniveau ein "Sicherheitsnetz" bietet, das die Risiken des Wandels verringert und so die Mobilität erhöht. Gleichzeitig brauchen die Wirtschaft und die Unternehmen ein ausreichendes Maß an Flexibilität, das nicht durch zu restriktive Reglementierungen belastet werden darf.

Flexible Arbeitszeiten unterschiedlichster und auch innovativer Art müssen je nach Niveau Gegenstand von Verhandlungen und/oder Vereinbarungen sein. Dies dürfte nicht nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze fördern, sondern auch eine bessere Nutzung der Produktionsanlagen in Übereinstimmung mit den veränderten Marktgegebenheiten erleichtern und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen, insbesondere was die Gesundheit der Arbeitnehmer und ihre Möglichkeit betrifft, ihre Zeit während und außerhalb der Arbeit besser zu organisieren, verbessern helfen. Obgleich ein solcher sozialer Zusammenhalt für die Unternehmen auch Kosten mit sich bringt, müssen diese im Lichte der möglichen Vorteile für die Unternehmen und als notwendige Bedingung für normales unternehmerisches Tätigwerden angesehen werden. Entscheidend ist, daß die höheren Sozialkosten durch eine entsprechend höhere Produktivität erwirtschaftet werden können.

5. Verwirklichung eines hohen Umweltschutzniveaus

Anhaltendes Wirtschaftswachstum ist ohne ein hohes Maß an Umweltschutz nicht erreichbar. Da die Umweltressourcen nicht mehr ohne angemessene Berücksichtigung ihres Eigenwertes gesehen werden können, muß ein schonender und rationeller Umgang mit ihnen verbürgt werden. Auch müssen die Kosten der Nutzung dieser Ressourcen in den Marktpreisen der Produkte aufgefangen werden.

Zunächst führte das stärkere Interesse an Umweltfragen zu einem vermehrten Informationsfluß und zu einer regen gesetzgeberischen Tätigkeit mit dem Ziel, die Gesundheit des Menschen und die natürliche Umwelt zu schützen. Immer mehr manifestiert sich das neue Umweltbewußtsein auch in einer wachsenden Verbrauchernachfrage nach umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen. Die Umwelt ist ein Wert an sich; es muß daher sichergestellt werden, daß mit den Umweltressourcen sparsam und sinnvoll umgegangen wird.

Bei akuten Umwelt- oder Gesundheitsgefährdungen sind Verbotsmaßnahmen unumgänglich. Im Bereich der vorsorgenden Umweltpolitik ist die Umwelt als eine kostbare Ressource anzusehen, für deren Nutzung der Staat die Rahmenbedingungen festzusetzen hat, um eine Überbeanspruchung zu unterbinden. Dieses marktorientierte Konzept steht im Einklang mit dem in der Umweltpolitik massgeblichen Verursacherprinzip.

Da kein Zweifel mehr bestehen kann, daß die Notwendigkeit einer gebührenden Berücksichtigung der Umweltbelange für alle Bereiche der Wirtschaft weltweit unerläßlich ist, kann die führende Position, die Gemeinschaftsunternehmen im Bereich des Umweltschutzes einnehmen, einen gewichtigen Wettbewerbsvorteil darstellen. Diesen durch strikte Umweltschutznormen erzielten Wettbewerbsvorsprung gilt es nun zu halten. Da sich die internationale Konkurrenz mehr und mehr auf höhere Umweltnormen einstellt, ist es ein zwingendes Gebot, daß die europäischen Normen denen der Konkurrenz überlegen, mindestens jedoch ebenbürtig sind, so daß die europäischen Unternehmen keine Hindernisse im freien Handel antreffen. Im Rahmen des europäischen Binnenmarktes werden solche strikten Normen auch notwendig sein, um die Akzeptanz des Verbrauchers zu erleichtern und zu verhindern, daß die Einheitlichkeit des Binnenmarktes als Folge unterschiedlicher nationaler Maßnahmen verlorengeht. Solche auf hohem Niveau festgesetzte Normen müssen zudem vorkalkulierbar und stabil sein, damit die Industrie die erforderlichen Größenvorteile für die Amortisierung der Investitionen erzielen kann.

Aufbauend auf ihrem Vorsprung nehmen viele Unternehmen Entwicklungen im Bereich der Umweltschutznormen durch entsprechende Umweltschutzstrategien voraus. Durch Einführung unternehmensinterner Umweltverträglichkeitskontrollen können viele Unternehmen die Konzeption, die Herstellungsverfahren und die Vermarktung von Produkten mit "sauberen" Produktionsprozessen und Technologien koppeln, um so beträchtliche Kosteneinsparungen bei den Rohstoffen, bei der Energie und beim Arbeitskräfteeinsatz zu erzielen. Diese Konzeption hat zu Investitionen geführt, mit denen in bestehenden Unternehmen nicht nur "Filter" zur Reduzierung der Umweltbelastung eingebaut werden, sondern in erster Linie versucht wird, die Entstehung von Umweltbelastungen zu verhindern.

In einigen Sektoren entfällt ein hoher Prozentsatz der Gesamtinvestitionen auf Investitionen zum Umweltschutz; damit eröffnet sich ein wichtiger Markt für diejenigen Industrien, die die notwendigen Produkte und das erforderliche Know-how liefern. Die OECD schätzt diesen Markt derzeit auf 65 bis 90 Milliarden ECU, davon 40 Milliarden ECU in der Gemeinschaft. Da verschiedene europäische Länder in den Umweltschutzausrüstungen noch weit hinter den USA und Japan zurückliegen, dürfte der europäischen Umweltschutzindustrie ein besonders rasches Wachstum bevorstehen. Außerdem werden sich im Bereich der Einhaltung der Umweltnormen und -vorschriften neue Marktchancen für Unternehmen eröffnen. Diese können auch dazu beitragen, Wissen über mögliche Kosteneinsparungen durch Einführung "sauberer" Technologien zu verbreiten.

Hohe Umweltschutzstandards werden im übrigen in zunehmendem Maße durch den Einsatz fiskalischer Instrumente und freiwillige Vereinbarungen anstelle von gesetzgeberischen Maßnahmen durchgesetzt. Um Wettbewerbsverfälschungen zu vermeiden, sind daneben weiterhin Strategien zur Entwicklung harmonisierter Normen und Vorschriften, insbesondere in den Bereichen Energie, Abfallwirtschaft und Entsorgung, Recycling, Verbrennungsanlagen, Kraftfahrzeugabgase, FCKW und Agrarchemie (Düngemittel), anzustreben. Die Industrie sieht diese Umweltschutzerfordernisse zunehmend nicht nur als einen Zwang an, sondern auch als Chance, die ein "sauberes Wachstum" als Quelle des Wettbewerbs eröffnet. Eine richtig konzipierte Umweltpolitik dürfte deshalb zu höherer Leistungsfähigkeit und zu nachhaltigen Verbesserungen in der Wettbewerbsposition der Industrie führen.

II. Katalysatoren des Anpassungsprozesses

Bestimmten Maßnahmen fällt in der Industriepolitik eine besonders wichtige Funktion zu, da sie als Katalysator des Wandels wirken. Zu empfehlen sind Politiken, die die unternehmerische Initiative fördern und sie in eine langfristige, sich auf die Interessen der Gemeinschaft gründende Perspektive einordnen. Die Schaffung stimulierender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen setzt folglich einen klaren politischen Konsens über die zu verfolgende Wirtschaftspolitik und die daraus abzuleitenden notwendigen Entscheidungen voraus. Eine so verstandene Industriepolitik ist alles andere als ein Politik des "Laissez-faire".

1. Der Binnenmarkt als Faktor des Wandels

Das Programm zur Vollendung des Binnenmarktes schafft einen "Heimmarkt" von beträchtlicher Größe und Qualität. Es kann deshalb als eine industriepolitische Maßnahme par excellence betrachtet werden. Es ist keineswegs so, daß die Inlandsmärkte in einer Zeit, wo der Wettbewerb mehr und mehr die Form eines globalen Wettbewerbs auf allen großen Märkten der Welt annimmt, an Bedeutung einbüßen. Der Inlandsmarkt stellt vielmehr für alle Wettbewerber die notwendige Ausgangsbasis dar, der sie später im Erfolgsfalle eine internationale Dimension hinzufügen können.

Die Vorteile größerer Skalenerträge von Investitionen im Binnenmarkt sind nicht nur für die industrielle Massenfertigung relevant, sondern auch für die Entwicklung spezialisierter Produkte. Nicht minder wichtig als die Größe des Heimmarktes ist dessen Qualität. Maßgeblich sind hier die Zusammensetzung der Inlandsnachfrage, z.B. nach spezialisierten Produkten, sowie die spezifischen Aspekte des kulturellen Umfelds, die besondere Wettbewerbsvorteile in bestimmten Branchen bieten. Ein Beispiel dafür ist der Erfolg des italienischen Designs. Dadurch, daß die Verwirklichung des Binnenmarktprogramms anstatt auf Rechtsangleichung weitgehend auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung basiert, können viele dieser regionalen Besonderheiten durch Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten genutzt werden, ohne daß die spezifischen örtlichen Vorteile preisgegeben zu werden brauchen. So gesehen führt der europäische Binnenmarkt zu einem heterogenen und differenzierten Markt für Produkte. Massenmärkte bieten angesichts zunehmend anspruchsvoller, qualitätsbewußter und individualistischer Verbraucher heute keine großen Vorteile mehr. Unterschiedliche Geschmacksrichtungen und kulturelle Eigenarten werden auch in Zukunft einen vielfältigen Markt garantieren. Durch die Aufhebung der Binnengrenzen können daraus neue Wettbewerbssituationen entstehen, die noch bessere und weiter verfeinerte Produkte hervorbringen.

Obgleich das Binnenmarktprogramm ein Gesamtprogramm darstellt, das in allen Teilen verwirklicht werden muß, damit die Unternehmen den vollen Nutzen daraus ziehen können, beinhalten einige Programmbereiche besondere Vorteile hinsichtlich der Skalenerträge und der Chancen für eine stärkere Spezialisierung.

a) Normenwesen und Produktqualität

In den letzten fünf Jahren hat sich die europäische Normungsarbeit von einer marginalen Tätigkeit zu einer prioritären Aufgabe gewandelt. Die treibende Kraft hinter dieser Veränderung ist die Bedeutung, die freiwillige Normen in der technischen Gesetzgebung der Gemeinschaft erlangt haben. Gleichwohl bleibt die Entwicklung europäischer Normen eine andauernde Aufgabe, die erst in einigen Jahren abgeschlossen werden kann.

Nach dem neuen Konzept der technischen Harmonisierung und Normung beschränkt sich die gesetzgeberische Tätigkeit auf die Festlegung der wesentlichen Anforderungen, denen die Produkte im Interesse des Schutzes der öffentlichen Gesundheit oder Sicherheit, des Umweltschutzes oder des Verbraucherschutzes genügen müssen. Mit den europäischen Normen erhalten die Hersteller ein Bündel technischer Spezifikationen, denen in jeder Richtlinie eine Konformitätsvermutung in bezug auf die wesentlichen Anforderungen zuerkannt wird. Die betreffenden europäischen Normen gelten weiterhin auf einer freiwilligen Grundlage.

Seit Einführung des neuen Harmonisierungskonzepts hat sich die Zahl neuer europäischer Normen von 19 im Jahre 1985 sprunghaft auf 150 im Jahre 1989 erhöht. Dennoch ist dies verglichen mit der Zahl nichtharmonisierter nationaler Normen und verglichen mit den Erfordernissen für die Verwirklichung des Binnenmarktprogramms noch immer sehr wenig.

Europäische Normen sind nicht nur im Hinblick auf die Beseitigung der technischen Handelshemmnisse notwendig, sondern werden in zunehmendem Maße auch zu einem Schlüsselfaktor der industriellen Wettbewerbsfähigkeit. Normen fördern die Wettbewerbsfähigkeit

- durch Senkung der Kosten für die Hersteller,
- durch Herausbildung von Verbraucherpräferenzen für Produkte aufgrund ihrer Vertrautheit;

- indem sie das Entstehen neuer Märkte, insbesondere für neue Technologien, ermöglichen, wo sie zu einer Voraussetzung für die industrielle Produktion oder für die Vermarktung werden.

In den Bereichen, in denen die Märkte immer mehr globalen Charakter annehmen, ist es entscheidend, daß die europäischen Normen auf der richtigen Höhe festgesetzt werden und mit internationalen Normen kompatibel sind. Es werden jedoch auch weiterhin europäische Normen notwendig sein, weil internationale Normen nicht verbindlich sind, sondern nur den Status einer Empfehlung haben. Wenn international vereinbarte Normen fehlen, müssen außerdem zunächst Normen auf europäischer Ebene festgesetzt werden, womit der Weg zur Schaffung internationaler Normen geebnet wird. Normen für neue Technologien müssen schneller denn je entwickelt werden, wenn sie den Bedürfnissen des Marktes entsprechen sollen.

Damit Normen eine gewichtige Rolle bei der Verbesserung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit spielen sollen, müssen sie Vertrauen in den Markt begründen und zum Maßstab für die Beurteilung der Mitbewerber werden. Deshalb ist es wichtig, daß sie auf einem hohen Niveau festgesetzt werden. Auf diese Weise wächst die Akzeptanz bei den Endbenutzern, und die daraus für die Hersteller resultierende Notwendigkeit, die Qualität ihrer Produktion zwecks Einhaltung dieser Normen zu heben, wirkt als Stimulans. Da die Anwendung der Normen - abgesehen von gesetzlichen Zulassungsbedingungen, z.B. für Automobile - auf freiwilliger Basis erfolgt, müßte es möglich sein, Normen von hohem technischem Niveau zu vereinbaren. Außerdem bedeutet dies, daß die private unternehmerische Initiative in dem Normenfestsetzungsprozeß und bei der Finanzierung der damit zusammenhängenden Kosten eine wesentliche Rolle zu spielen hat.

Erfolgreiche Normungstätigkeit beinhaltet auch eine erfolgreiche Normenanwendung. Glaubwürdige Genehmigungs-, Kontroll- und Testverfahren spielen eine Schlüsselrolle bei der Schaffung der Bedingungen, unter denen Vertrauen wachsen und die gegenseitige Anerkennung der nationalen Verfahren greifbare Realität werden können. Effiziente Normenanwendungsverfahren bringen einen zusätzlichen Zuwachs an Wettbewerbsfähigkeit, wenn sie über die Zertifizierung hinausgehen und außerdem auch eine Konformitätsbeurteilung einschließlich entsprechender Testverfahren, Qualitätssysteme und Anerkennungsverfahren umfassen. Die Industrie hat dann den größten Nutzen, wenn die Kontrolle vor der Serienfertigung (also in der Phase der Entwicklung eines Prototyps oder Modells) oder während der Produktion (in Form einer Produktkontrolle oder einer Kontrolle der Produktionsverfahren) und nach dem Verkauf einsetzt. In zunehmendem Maße setzt die Industrie Qualitätssicherungssysteme als Quelle von Wettbewerbsvorteilen und zur Senkung der durch Qualitätsmängel entstehenden Kosten ein. Durch Zertifizierung seitens neutraler dritter Instanzen gewinnen diese Bemühungen nach innen und nach außen an Glaubwürdigkeit.

b) Öffentliches Auftragswesen

Das öffentliche Auftragswesen ist in dreierlei Hinsicht für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit von großer Bedeutung:

- Zum einen bedeutet das große Auftragsvolumen - 600 Milliarden ECU oder 16 % des BIP 1987 -, daß der Zugang zu öffentlichen Aufträgen für alle Unternehmen äußerst wichtig ist. Nach den für die größeren Mitgliedstaaten verfügbaren Informationen sind von diesem großen Auftragsvolumen weniger als 4 % - und in einigen Fällen selbst weniger als 1 % - Einfuhren. Verglichen mit den gesamten Bau- und Lieferaufträgen, bei denen die Importe einen Anteil von etwa 20 % haben, bildet das öffentliche Auftragswesen nach wie vor einen weitgehend abgeschotteten Markt.

- Zum anderen können öffentliche Aufträge die technologische Fähigkeit fördern, wenn sie auf eine Erhöhung der Marktnachfrage nach Produkten der neuesten Technologie ausgerichtet sind. Um diesen Effekt zu steigern, sollten die Ausschreibungen möglichst offen formuliert sein und nicht den "Stand der Technik" festschreiben.

- Schließlich konzentrieren sich öffentliche Bau- und Lieferaufträge auf eine relativ kleine Gruppe von Sektoren, die auf einen wettbewerbsoffenen Markt für öffentliche Aufträge angewiesen sind, wenn sie international erfolgreiche Produkte und Dienstleistungen entwickeln wollen. Mehr als 85 % der öffentlichen Aufträge entfallen auf weniger als 20 Untersektoren der insgesamt 60 in eine Untersuchung der öffentlichen Auftragsvergabep Praxis einbezogenen Sektoren. So machen öffentliche Aufträge einen signifikanten Teil der gesamten Aufträge in den Bereichen energiewirtschaftliche Ausrüstungen, Computer und Büromaschinen (30 %), Raumfahrt ausrüstung (50 %) sowie rollendes Eisenbahnmaterial und Fernmeldeausrüstung (90 %) aus.

Die beträchtlichen Skalenerträge bei der Herstellung dieser Produkte haben zur Entstehung hoher Marktzugangshürden und oligopolistischer Strukturen geführt. Das Fehlen eines innovativen Wettbewerbs hat die Kräfte auf die Erfüllung der technischen Auflagen und weniger auf Produktinnovation, Marketing und ein günstiges Preis-/Leistungsverhältnis gelenkt.

Die Regierungen haben solche Situationen oft mit Argumenten zugunsten "nationaler Champions" im Interesse der Versorgungssicherheit, der Erhaltung der Präsenz in bestimmten empfindlichen Spitzentechnologiebereichen oder der Arbeitsplatzsicherung gerechtfertigt. Das beste Beispiel für das Scheitern solcher Politiken ist der Datenverarbeitungssektor, wo es Europa trotz massiver öffentlicher Förderung bis heute nicht gelungen ist, international wettbewerbsfähige Hersteller zu haben. Ohne den Zwang zur Anpassung, wie er durch die Existenz mehrerer Konkurrenten entsteht, bleibt der notwendige Innovationsimpuls in der Regel aus. Dadurch verlieren sogenannte Spitzentechnologiesektoren sehr schnell die Wettbewerbsvorteile, die ihnen durch den Außenschutz eingeräumt werden sollten. Gerade für diese Industrien ist die Liberalisierung des öffentlichen Vergabewesens daher von größter Bedeutung. Diese Märkte lassen sich aber nur dann effektiv liberalisieren, wenn die notwendigen Normen auf europäischer Ebene geschaffen sind.

Die Verstärkung des Wettbewerbs wird zu einer deutlichen Zunahme des innergemeinschaftlichen Handels führen und deutliche Preissenkungen zur Folge haben. Ein Preissenkungseffekt wird dann eintreten, wenn die öffentlichen Auftraggeber zunehmend solche Bewerber berücksichtigen, die die besten Bedingungen bieten. Viele Bieter werden dann ihre Preise senken, um bei dem vermehrten Konkurrenzdruck eine Chance zu behalten. Längerfristig werden niedrigere Preise nur bei niedrigeren Produktionskosten möglich sein. Dies wird zu einschneidenden Umstrukturierungen (Fusionen und Betriebsstillegungen) führen. Diese Strukturveränderungen wiederum werden eine erheblich verbesserte Leistungsfähigkeit und optimale Betriebsgrößen entsprechend dem stärker integrierten Gemeinschaftsmarkt zur Folge haben. Gleichwohl werden die Vorteile, die ein liberalisiertes Auftragswesen mit sich bringt, nur bei einer vollständigen und effizienten Umsetzung der Richtlinien erreicht werden. Im Rahmen der internationalen Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens wäre es wünschenswert, wenn die Partner und Konkurrenten der Gemeinschaft eine ebenso strikte Disziplin beachten würden.

c) Die Abschaffung der nationalen Quoten

Selbst heute, mehr als 30 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrags von Rom, wenden die Mitgliedstaaten insbesondere aufgrund von Artikel 115 des Vertrags weiterhin über 2.000 nationale Quoten auf Drittlandimporte sowie eine Vielzahl bilateraler "freiwilliger Ausfuhrbeschränkungen" zum Schutz ihrer Industrie gegen Drittlandimporte an. Diese Massnahmen gelten für eine ganze Reihe von Sektoren wie Kraftfahrzeuge, Textilien, Spielzeug, Porzellan und chemische Produkte. Sie sind ohne jeden Zweifel nicht mit den Zielen des Binnenmarktes und seinem ungehinderten Waren- und Dienstleistungsverkehr in der Gemeinschaft verträglich. Nach der Vollendung des Binnenmarktes werden die Kontrollen an den innergemeinschaftlichen Grenzen nicht mehr dazu benutzt werden können, solche Beschränkungen zur Anwendung zu bringen.

Die Beseitigung der gegenüber Drittländern bestehenden Quoten und Maßnahmen ähnlicher Wirkung ist ein wichtiger Aspekt der Industriepolitik, da die nationalen Märkte damit einem stärkeren internationalen Wettbewerb ausgesetzt werden, was sie besser für die künftigen globalen Herausforderungen rüstet. Die mit dem Wegfall nationaler Einfuhrquoten notwendigen Strukturanpassungen müßten - gegebenenfalls durch horizontale Maßnahmen - in der Strukturpolitik der Gemeinschaft berücksichtigt werden. Defensive Abwehrstrategien und Subventionen zur Erhaltung unrentabler Kapazitäten sind allerdings keine geeigneten Rezepte, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie dauerhaft zu stärken.

d) Ein kohärentes Rechtssystem für wirtschaftliche Tätigkeit

Das Binnenmarktprogramm beeinflusst auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen in der Gemeinschaft. Es gilt, die geeigneten rechtlichen Instrumente zu schaffen, damit die Unternehmen die ihren Bedürfnissen am besten entsprechende Gesellschaftsform und Größe wählen können.

Soweit Fusionen die Voraussetzung für betriebsoptimale Unternehmensgrößen sind, sollte der Binnenmarkt die entsprechenden gesellschaftsrechtlichen Bedingungen - natürlich stets unter dem Vorbehalt der Erhaltung eines angemessenen Wettbewerbs - bereitstellen. Grenzüberschreitende Unternehmenszusammenschlüsse sind heute in rechtlicher Hinsicht unnötig erschwert. In steuerlicher Hinsicht werden die beiden Richtlinien über das gemeinsame Steuersystem für Fusionen, Spaltungen, die Einbringung von Unternehmensteilen und den Austausch von Anteilen, die Gesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten betreffen, sowie über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten, die vom Rat am 23. Juli 1990 erlassen wurden und am 1. Januar 1992 in Kraft treten, endlich die wichtigsten steuerlichen Hemmnisse für eine Zusammenarbeit und Restrukturierung von Unternehmen innerhalb der Gemeinschaft beseitigen. Gemäß den Orientierungslinien in ihrer Mitteilung vom 20. April 1990 an das Parlament und an den Rat über Leitlinien der Steuerreform will die Kommission vor Ende 1990 weitere Vorschläge unterbreiten. Dabei ist aus industriepolitischer Sicht eine steuerrechtliche Erleichterung des Verlustausgleichs für grenzüberschreitend tätige Mutter- und Tochtergesellschaften von herausragendem Interesse. Im Bereich des Gesellschaftsrechts sollte mit der Verabschiedung der 10. Richtlinie über grenzüberschreitende Unternehmenszusammenschlüsse die noch aufgrund der bisherigen nationalen Rechtsvorschriften bestehenden Hindernisse beseitigt werden. Bei der Errichtung einer gemeinsamen Tochtergesellschaft muß sich bisher zumindest ein Partner in ein ihm fremdes Rechtssystem einordnen, während gleichzeitig abschreckende steuerliche Auswirkungen eintreten können. Für die Zusammenarbeit von Unternehmen stand bisher keine europäische Gesellschaftsform zur Verfügung.

Mit der Einführung des Statuts einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung wurde ein erster Schritt zur Lösung dieses Problems getan. Ein

weiterer Schritt wird mit der Einführung des dem Rat seit mehreren Monaten vorliegenden Statuts einer europäischen Aktiengesellschaft folgen. Damit werden Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten ohne die rechtlichen und praktischen Schwierigkeiten aufgrund der Existenz von 12 unterschiedlichen Rechtsordnungen fusionieren oder eine Holding oder eine gemeinsame Tochtergesellschaft europäischen Zuschnitts gründen können. Da die Entscheidung zur Wahl dieser Rechtsform den Unternehmen selbst überlassen bleibt und auch weiterhin die Möglichkeit gegeben sein wird, bestehende nationale gesellschaftsrechtliche Formen zu wählen, muß sich diese neue Rechtsform im Wettbewerb zwischen nationalen und gemeinschaftlichen Rechtsinstrumenten behaupten. Die steigende Zahl europäischer Kooperationen läßt jedoch eine breite Akzeptanz erwarten.

Neben den mit dem Binnenmarktprogramm eröffneten Möglichkeiten für eine industrielle Zusammenarbeit spielt auch der Urheber- und gewerbliche Rechtsschutz eine bedeutsame Rolle, da er erst den Unternehmen erlaubt, internationalen Charakter anzunehmen. Ein rascher und wirksamer Schutz des geistigen Eigentums in der ganzen Gemeinschaft stellt einen wichtigen Innovationsanreiz dar. Dies gilt auch für gemeinschaftliche Datenschutzbestimmungen, die eine unverzichtbare Voraussetzung für einen freien Datenaustausch im Binnenmarkt darstellen.

e) Gesamteuropäische Netze

Die Herstellung gesamteuropäischer Netze gehört unmittelbar zur Realisierung des Binnenmarktes; sie sind eine wichtige Voraussetzung zur dauerhaften Integration der Gemeinschaftsindustrie und der Gemeinschaftsmärkte durch die Schließung von Lücken in den bestehenden Netzen. Über das Gebiet der Gemeinschaft hinaus tragen gesamteuropäische Netze zum Aufbau des Europäischen Wirtschaftsraumes und zur wirtschaftlichen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa bei, indem sie die erforderlichen technischen und materiellen Grundlagen für Geschäftsbeziehungen mit der Gemeinschaft herstellen. Innerhalb der Gemeinschaft unterstützen die Netze die Entwicklung der peripheren Regionen durch Erleichterung des Zugangs zu den zentral gelegenen Regionen.

Die Mobilität der Personen und der freie Warenverkehr erfordern eine dichte, zeitsparende und kostenwirksame Verkehrsinfrastruktur für Personen und Waren. Die Beseitigung der noch bestehenden Verkehrsengpässe sowie eine bessere Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger (z.B. Schiene-Straße) haben dabei besondere Priorität. Außerdem erfordert der einheitliche Binnenmarkt auf europäischer Ebene integrierte Telekommunikationsnetze und eine richtig konzipierte Verknüpfung der nationalen Energiesysteme in der Gemeinschaft (Auf einigen Gebieten - Zoll, Statistik und soziale Sicherheit - wird bereits in dieser Richtung gearbeitet. Das dritte Rahmenprogramm sieht Forschungsarbeiten auf der vornormativen Stufe zur Integration der Systeme mit dem Ziel einer gemeinsamen methodologischen und normativen Basis vor). Schließlich ist der Aufbau von Ausbildungsnetzen zwischen Hochschulen, Unternehmen und Forschungszentren der Gemeinschaft mehr denn je notwendig, um der Ausbildung eine internationale Dimension zu verleihen.

2. Die Gemeinschaft als offener Handelspartner

Eine offene Handelspolitik stellt die notwendige Ergänzung zur Öffnung des Binnenmarktes dar; sie beruht auf einer strikten Anwendung der international vereinbarten Regeln. Die Gemeinschaft hat von jeher eine weltoffene Konzeption vertreten: diese Politik war das Ergebnis ihrer historisch engen Beziehungen zur übrigen Welt und zugleich die Ursache ihrer Führungsrolle im internationalen Handel. Ein offenes Konzept erfordert aber, daß die Spielregeln von allen Handelspartnern eingehalten werden, da die Wirtschaft der Gemeinschaft im Zuge

ihrer immer stärkeren Öffnung immer empfindlicher durch Spielregelverletzungen berührt wird. Gelänge es nicht, die Beachtung dieser Spielregeln durchzusetzen, so käme es zu einem Aufleben protektionistischer Forderungen. Ziel der Gemeinschaft, die sich fest an den Grundsatz gleicher Rechte und Pflichten gebunden sieht, muß es sein sicherzustellen, daß die Märkte ihrer Konkurrenten genauso offen sind wie die Märkte der Gemeinschaft.

In diesem Zusammenhang kann die Bedeutung eines erfolgreichen Abschlusses der im Rahmen der Uruguay-Runde geführten GATT-Verhandlungen nicht genug betont werden. Ein solcher Erfolg würde für die Industrie der Gemeinschaft neue Möglichkeiten auf bislang noch geschützten Auslandsmärkten wie denen der asiatischen Schwellenländer und in bislang vom GATT nicht abgedeckten Bereichen, insbesondere dem Dienstleistungssektor, eröffnen.

Die Uruguay-Runde stellt eine großartige Gelegenheit dar, internationalen Spielregeln umfassend zum Durchbruch zu verhelfen, die stärker als in der Vergangenheit geeignet sind, unfaires Verhalten abzuschrecken. Die stärkere Öffnung der internationalen Märkte muß mit der erforderlichen Disziplin einhergehen, die einen fairen Wettbewerb im Handel verbürgt. Insbesondere müssen die Dumpingregeln transparent und strikt sein. Die Gemeinschaft wird keinen Zweifel daran lassen, daß sie dann auch konsequent angewendet werden. Dabei muß allerdings sichergestellt werden, daß nicht der stärkere dem schwächeren Partner einseitig seine Auslegungsregeln aufzwingt. Durch verbesserte Verfahren für eine Streitbeilegung sollte außerdem sichergestellt werden, daß die aufgestellten Regeln auch eingehalten werden. Dies schließt Umgehungstatbestände in Drittstaaten ausdrücklich mit ein.

Nur durch Fortschritte in Richtung auf eine wirklich offene und faire Weltwirtschaft können über die Vorteile der Vervollendung des Binnenmarktes hinaus weitere Vorteile sichergestellt werden. Der beste Weg hierzu ist die multilaterale Zusammenarbeit mit Einbindung aller Partner und insbesondere der Entwicklungsländer. Die Globalisierung der Märkte macht darüber hinaus einen vermehrten Informationsaustausch zwischen allen Partnern und auf allen Ebenen erforderlich.

III. Beschleunigung des Anpassungsprozesses

Ein positives Konzept der industriellen Anpassung bedeutet auch, daß flankierende Maßnahmen zur Beschleunigung des Anpassungsprozesses ergriffen werden. Hierzu gehören:

- **Förderung der technologischen Kapazität der Gemeinschaft.** Die Auswirkungen der Technologie beschränken sich nicht auf einige Hochtechnologiesektoren, sondern berühren die gesamte Wirtschaft - die Produkte ebenso wie die Produktionsmethoden. Für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen ist es daher ausschlaggebend, daß sie auch die Breitentechnologien wie flexible Produktionssysteme, Informationstechnologien, Technologien der neuen Werkstoffe und Biotechnologien beherrschen.

Dank der Informationstechnologien lassen sich heute erhebliche Informationsmengen in immer kürzerer Zeit erfassen, verarbeiten, speichern und weiterleiten. Sie berühren nahezu sämtliche Industrietätigkeiten und verändern deren Gestaltungsmethoden. Insbesondere beeinflussen sie die Leistung der Unternehmen, indem sie die Entwicklung effizienterer Planungs-, Produktions-, Optimierungs- und Simulationsinstrumente ermöglichen und deren Einsatz erleichtern.

Es muß folglich klar erkannt werden, wie wichtig die Beherrschung der neuen Breitentechnologien für die Wettbewerbsfähigkeit nahezu aller Wirtschaftsbereiche ist. Wenn die Unternehmen im technologischen Wettlauf mithalten und erst recht aufholen wollen, müssen sie sich zunächst einmal darüber Klarheit verschaffen, wo die Risiken liegen und welche finanziellen und menschlichen Ressourcen - bei steigender Tendenz - einzusetzen sind (materielle und immaterielle Investitionen, Bildung hochspezialisierter und häufig fachübergreifender Planungsgruppen). Dabei gilt es, in einem vom Staat vorgegebenen kohärenten, stabilen und vorausschaubaren Umfeld langfristige Strategien und kurzfristige Aktionsflexibilität miteinander in Einklang zu bringen.

Die Rolle der öffentlichen Hand muß sich folglich zunächst auf die Erkenntnis der allgemeinen Bedeutung der Technologie stützen. Die besondere Aufmerksamkeit der Gemeinschaft muß dabei den alarmierenden Meldungen von einer Verschlechterung ihrer Position in verschiedenen Bereichen der fortgeschrittenen Technologie gelten.

Durch das Zusammengehen von Unternehmen, öffentlicher Hand und Forschern auf dem Gebiet der Technologie muß es der Gemeinschaft gelingen, zu einem sehr hohen Niveau globaler Wettbewerbsfähigkeit zu finden.

Die Bemühungen müssen sich dabei auf die Rahmenbedingungen für die Planung, Entwicklung, Verbreitung und Nutzung der Technologien konzentrieren, damit die Gemeinschaft ihre Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet verbessern kann.

Die Fähigkeit, diese vier Bereiche optimal zu gestalten, bestimmt weitgehend die industrielle Leistungsfähigkeit der Unternehmen; sie setzt voraus, daß die öffentliche Hand die Rahmenbedingungen schafft, die die Unternehmen dazu befähigen, sie in vollem Umfang zu nutzen.

Durch die zunehmende internationale Verflechtung der Industriestrukturen muß die Industrie der Gemeinschaft ihren Platz in der wachsenden weltweiten Zusammenarbeit der Konzerne behaupten.

Angeichts der strategischen Rolle, die die Verbreitung und Nutzung der Technologien spielt, kann deren Unterstützung nicht über isolierte Maßnahmen, sondern nur durch ein Bündel untereinander kohärenter Maßnahmen bewerkstelligt werden:

- durch vermehrte und stärker kooperative vorwettbewerbliche Forschung. Damit sich der Einsatz der öffentlichen Hand auch lohnt, müssen die Unternehmen ihrerseits einen Beitrag leisten, um die eigenen unzureichenden Investitionen im Bereich der Forschung, Entwicklung, Technologie und Innovation zu intensivieren. Die Schaffung entsprechender steuerlicher Rahmenbedingungen wäre in dieser Sicht wünschenswert;
- durch Förderung einer aktiven Innovationspolitik mit raschem Transfer der Kenntnisse von der Grundlagenforschung bis zur Stufe der industriellen Auswertung; hierzu müßte insbesondere den KMU der Zugang zu diesen Kenntnissen sichergestellt und ihnen die Möglichkeit geboten werden, den bestmöglichen Nutzen daraus zu ziehen. Ein bedeutender Teil dieser Politik muß folglich der Informationsverbreitung, auch auf internationaler Ebene, gewidmet sein;
- durch den positiven Nachfrageeffekt, den ein hoher Normenstandard, die Errichtung technologisch fortgeschrittener transeuropäischer Netze und ein für die modernsten Technologien aufgeschlossenes öffentliches Auftragswesen haben kann;

durch Verbesserung der technologischen Ausbildung, insbesondere im Rahmen spezialisierter Hochschulausbildungsstätten.

- eine dynamische Politik gegenüber den kleinen und mittleren Unternehmen. Durch ihre Flexibilität in der Produktion und ihre Fähigkeit zu rascher Anpassung an neue Markttendenzen spielen kleine und mittlere Unternehmen im Prozeß der strukturellen Anpassung eine wichtige Rolle. Die Politik zur Aufrechterhaltung einer Unternehmenskultur und zur Schaffung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen muß fortgesetzt werden. Bemühungen mit dem Ziel, die Belastungen der Wirtschaft zu begrenzen, sind für kleinere Unternehmen besonders wichtig, ebenso wie Maßnahmen im Bereich der Information, Unternehmensdienste und Mechanismen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen. Wichtig ist auch eine Politik zur Verbesserung des Zugangs kleinerer Unternehmen zu den Märkten der Gemeinschaft und den Weltmärkten. Durch Risikoteilung können große Unternehmen und KMU komplementär sein, was umso wichtiger ist, als die Präsenz starker weltmarktorientierter Zulieferer mehr und mehr ein gewichtiger Faktor für erfolgreichen Wettbewerb ist. In Zukunft wird darauf zu achten sein, daß kleine und große Unternehmen sich insbesondere im Wege der Zusammenarbeit nebeneinander entwickeln können;

- besserer Einsatz der menschlichen Ressourcen, erleichterte Einführung neuer Technologien und Arbeitsmethoden durch entsprechende Ausbildungsmaßnahmen sowie effizientere Umsetzung von Arbeitskräften durch Umschulungsmaßnahmen. Angesichts drohenden Mangels an qualifizierten Arbeitskräften und eines zunehmenden Innovationstempos sind die berufliche Anpassungsfähigkeit und berufliche Qualifikation der Arbeitskräfte zu einem Schlüsselfaktor der industriellen Wettbewerbsfähigkeit geworden, auf den die Wirtschaft der entwickelten Länder in Zukunft voll setzen muß. Die Hebung des Qualifikationsniveaus ist heute eine Forderung für die gesamte Industrie und nicht nur für die sog. Hochtechnologieindustrien. Die Unterscheidung zwischen "High tech"- und "Low tech"-Industrien verliert zunehmend an Bedeutung. Auch in den traditionellen Industrien gibt es das ständige Erfordernis zur Höherentwicklung und Weiterqualifizierung. Allein über den Preis ist die europäische Industrie auf Dauer kaum wettbewerbsfähig; sie muß vielmehr ihre Produkte technologisch laufend verbessern und sämtliche Produktivitätsreserven voll ausschöpfen.

- die notwendigen Bedingungen für die Entwicklung von Dienstleistungen für Unternehmen gewährleisten. Die zunehmende Komplexität der Produktions- und Managementmethoden macht dynamische und wettbewerbsfähige Unternehmensdienste erforderlich. Die Hauptaufgabe sollte die Anwendung des Binnenmarktprogramms zur Beseitigung der restlichen Hindernisse für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für diese Dienste sein. Die Bemühungen zur Verwirklichung des Binnenmarktes im Bereich der Finanzdienste werden der Industrie auch Kosteneinsparungen bringen.

C. Ein kohärentes und effizientes Vorgehen

Alle Maßnahmen mit industriepolitischen Auswirkungen müssen aus einem gemeinsamen Blickwinkel betrachtet werden und zusammenpassen. Es muß sichergestellt werden, daß diese Einzelansätze auf der richtigen Ebene entwickelt und durchgeführt werden. Die Sicherung der Kohärenz umfaßt folgende Hauptaspekte.

Erstens muß wie für alle Gemeinschaftsaufgaben, auch für die Industriepolitik das Subsidiaritätsprinzip gelten, demzufolge die Gemeinschaft nur jene Aufgaben übernimmt, die sich besser auf europäischer Ebene bewältigen lassen. Mit der

Vollendung des Binnenmarktes fallen die wirtschaftlich relevanten Märkte, auf denen die Unternehmen operieren, häufig nicht mehr mit den nationalen Märkten zusammen. In diesem Fall lassen sich externe Einsparungen eher auf europäischer als auf nationaler Ebenen bringen. So können beispielsweise große Investitionen in Forschungs- oder Infrastrukturvorhaben rentabler sein, wenn die nationalen Ressourcen stärker gebündelt werden.

In der Industriepolitik muß deshalb die richtige Mischung aus gemeinschaftlicher, nationaler und lokaler Verantwortung gefunden werden. So wurde in der Forschung und Entwicklung eine Teilung der Verantwortung zwischen der gemeinschaftsfinanzierten Forschungstätigkeit in der Vorphase der Markteinführung und den marktnäheren Eureka-Vorhaben festgelegt. Programme zur Förderung des Technologietransfers und des Zugangs der KMU zu den Forschungsprogrammen sind auch auf Gemeinschaftsebene wichtig. Dennoch werden nationale FuE-Programme dominant bleiben. Die Koordinierung dieser Programme mit den Aktionen der Gemeinschaft muß sichergestellt werden.

Zweitens haben die Erfahrungen der siebziger und achtziger Jahre gezeigt, daß interventionistische sektorale Politiken kein wirksames Instrument zur Förderung der strukturellen Anpassung sind. Sie haben bei dem Versuch, die Industrie wettbewerbsfähig zu machen, versagt, indem sie die Durchführung der notwendigen Anpassungen verzögerten und zu einer Ressourcenfehlallokation und zu zusätzlichen Problemen des Haushaltsungleichgewichts führten. Die Situation der unterschiedlichen Industriesektoren in der europäischen Wirtschaft ist natürlich nicht statisch, so daß von Zeit zu Zeit Probleme spezifischer Sektoren auf der Ebene der Gemeinschaft oder der Mitgliedstaaten angegangen werden müssen.

Auf Gemeinschaftsebene waren in letzter Zeit einige schwierige Anpassungsprobleme zu bewältigen, so zum Beispiel in der Stahlindustrie, in der Textilindustrie und im Schiffbau. Außerdem mußte sich die Gemeinschaft in besonderem Maße mit solchen Gebieten beschäftigen, die eine Schlüsselfunktion für die Entwicklung der europäischen Industrie und der europäischen Wirtschaft insgesamt übernehmen können, wie die Informationstechnologie, der Luftfahrzeugbau und die Meerestechnik. Dies wird sie auch in Zukunft fortsetzen. Trotzdem ist es unabdingbar, daß Maßnahmen, die auf einzelne Sektoren gerichtet sind, voll mit den dargestellten allgemeinen Grundsätzen der Industriepolitik übereinstimmen.

Besondere Bedeutung sind in diesem Zusammenhang koordinierten Forschungsanstrengungen beizumessen. Der Industrie könnte z.B. darin geholfen werden, gemeinsame, aber nicht unbedingt von der Gemeinschaft finanzierte Forschungslabors, insbesondere zur weiteren Entwicklung sektoraler Anwendungen für Schlüsseltechnologien, zu errichten. Auch spezialisierte höhere Bildungsanstalten spielen eine wichtige Rolle bei der Versorgung der Industrie mit qualifizierten Arbeitskräften und bei der Erleichterung des Transfers der häufig in solchen Zentren geleisteten Forschung zur Industrie. Ebenso sind besonders hohe Fachausbildungsniveaus erforderlich, um die Einführung moderner Fertigungstechniken zu erleichtern.

Drittens sind vermehrte Konsultationen mit den Vertretern der Industrie erforderlich, um den gemeinschaftlichen Konsens zu stärken und die europäischen Maßnahmen an den wirklichen Problemen auszurichten. Bei der Entwicklung von Politiken und bei der Festlegung von Orientierungslinien ist es besonders wichtig, daß die Vertreter der Industrie in einer möglichst frühen Phase umfassend konsultiert werden. Diese Konsultation sollte sowohl die Vertreter von KMU als auch die von größeren Unternehmen einbeziehen. Auch die Arbeitnehmervertreter müssen ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

I. Erhaltung des Trends zu internationalen Investitionen

Die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft macht es erforderlich, daß die Unternehmen der Gemeinschaft zusätzlich zu ihren Binnenmarktaktivitäten auch verstärkt im Ausland investieren, um so eine globale Strategie verwirklichen zu können. In solchen Investitionen sollte nicht ein Widerspruch zu den Bemühungen um eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in der Gemeinschaft, sondern eine Ergänzung zu diesen Bemühungen gesehen werden. Europäische Firmen tätigen bereits in beträchtlichem Umfang industrielle Investitionen in Drittländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten, doch macht die sich verändernde Situation in Europa eine Verstärkung dieser Tendenz erforderlich. Wenn die neue marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa nicht in ersten Ansätzen steckenbleiben soll, werden diese Länder einen umfassenden Transfer von Technologie, Know-how und Kapital benötigen. In Anbetracht der geographischen, geschichtlichen und politischen Bande zwischen der Gemeinschaft und diesen Ländern muß alles getan werden, um den Strom von Investitionen europäischer Firmen nach Osteuropa zu beschleunigen. Aber auch im ostasiatischen Raum muß die europäische Industrie verstärkt präsent sein. Die offensichtlichen Schwierigkeiten beim Marktzutritt dürfen die europäischen Unternehmen nicht zu einer Vernachlässigung dieser wichtigen Märkte veranlassen. In diesem Zusammenhang müßte sorgfältig analysiert werden, welche Bedingungen zu vermehrten Auslandsinvestitionen der Gemeinschaftsunternehmen beitragen könnten. Die Gemeinschaft muß diese Bemühungen durch parallele Marköffnung unterstützen.

II. Stärkung des Wettbewerbs nach innen und nach außen

Im Zuge der Vollendung des Binnenmarktes wird sich der Wettbewerb auf dem Markt der Gemeinschaft verstärken. Es muß jedoch gewährleistet werden, daß die Konzentrationsbewegungen, die in Vorwegnahme des Binnenmarktes und unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs stattfinden, das freie Spiel der Marktkräfte nicht beeinträchtigen. Die Tendenz bestimmter Gruppen, unter dem Vorwand der Erlangung einer ausreichenden kritischen Größe eine beherrschende Stellung anzustreben, müßte sorgfältig analysiert werden. In vielerlei Hinsicht können grenzüberschreitende Fusionen, bei denen keinem Unternehmen ein bestimmender Einfluß auf bedeutenden Märkten verbleibt, zu einem schärferen Wettbewerb zwischen den neu entstehenden Konzernen führen, als dies bei der Variante nationaler Champions der Fall wäre. Die Art und Weise, wie sich die Bündelung der Kräfte vollzieht, ist deshalb nicht minder wichtig als der Grad der Konzentration. Die notwendige gesetzliche Basis zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs auf dem Markt der Gemeinschaft ist mittlerweile geschaffen. Was noch fehlt, sind die Mittel zur Abschätzung der industriellen Auswirkungen solcher Konzentrationstendenzen. Im Zuge der Durchführung der neuen Verordnung über die Unternehmenszusammenschlüsse wird es in jedem Fall zu einer vollständigen Analyse der betreffenden Märkte kommen.

Die Beachtung des Wettbewerbs auf den internationalen Märkten wird erheblich an Bedeutung gewinnen. Angesichts der Globalisierung der Märkte und der wachsenden Dimension großer Konzerne müssen Mechanismen geschaffen werden, mit denen vermieden werden kann, daß auf internationaler Ebene Monopole oder oligopolistische Situationen entstehen, die auf nationaler oder regionaler Ebene unvertretbar wären. Der immer stärkere Zug zur Liberalisierung und die im Zusammenhang mit der Uruguay-Runde gebotenen Möglichkeiten für internationale Unternehmen könnten zu einer Zunahme jener wettbewerbsfeindlichen Tendenzen und der beherrschenden Stellungen führen, wie sie bereits auf Märkten wie Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsanlagen oder Unterhaltungselektronik zu beobachten sind. In der Gemeinschaft wie auch auf internationaler Ebene sind unverzüglich Überlegungen erforderlich, wie hier Abhilfe zu schaffen ist.

III. Ausnutzung der Vorteile der Gemeinschaft

Industrielle Integration ist als ein Instrument des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts anzusehen. Zu den Vorteilen der Gemeinschaft gehört auch ihre regionale Vielfalt, die die Entstehung neuer Quellen von Wettbewerbsvorteilen durch entsprechende Spezialisierung erlaubt. Die Anpassung der regionalen Industrien an die Vollendung des Binnenmarktes kann deshalb ein wichtiges Vehikel für die Entwicklung der Gemeinschaftsindustrie sein. Hierzu muß die im Rahmen der Strukturfonds geleistete Arbeit fortgesetzt werden, damit die schwächeren Regionen jene Art von Infrastruktur und jene Qualität der menschlichen Ressourcen entwickeln, die für den unternehmerischen Erfolg in einem wettbewerbsorientierten Umfeld notwendig sind. Im gleichen Rahmen muß bestimmten Teilen der Industrie technische Unterstützung gewährt werden, beispielsweise durch Initiativprogramme der Gemeinschaft zur Stärkung der Kapazität der KMU in den am wenigsten entwickelten Regionen. In einem dynamischen Markt kann sich eine Restrukturierung ohne die bei einer Rezession üblichen negativen Folgen für Beschäftigung und Produktion vollziehen. Ungenügend genutzte Ressourcen können produktiv eingesetzt werden; die vorteilhafte Situation verschiedener Regionen, insbesondere im Süden der Gemeinschaft, lockt bereits heute Investoren aus anderen Teilen der Gemeinschaft an.

D. Schlußfolgerungen

I. Die Kommission schlägt dem Rat zur Annahme vor:

- die Analyse der Kommission hinsichtlich des Standes der bis jetzt erreichten industriellen Anpassung und der Notwendigkeit, diesen Anpassungsprozeß im Interesse der globalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie fortzusetzen;
- das Konzept, wonach die Industriepolitik der Gemeinschaft die ständige Anpassung an industrielle Veränderungen in einem offenen und wettbewerbsorientierten Markt fördern muß. Dieses Konzept basiert auf dem Prinzip des Freihandels und der Wettbewerbsfähigkeit der Märkte und ordnet sich in eine langfristige industrielle und technologische Perspektive ein;
- das Prinzip, daß diese Politik beinhaltet, daß ein günstiges Umfeld für unternehmerisches Handeln herrscht und hierfür alle Gemeinschaftspolitiken, die Einfluß auf industriepolitische Aktivitäten haben, einbezogen und aufeinander abgestimmt werden;
- daß industrielle Probleme auf regionaler oder sektorieller Ebene zunehmend durch horizontale Maßnahmen gelöst werden müssen.

II. Zur Umsetzung dieser Prinzipien innerhalb des gegenwärtigen wettbewerbspolitischen Kontextes schlägt die Kommission vor, daß die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten:

1. ein besseres Funktionieren des Binnenmarktes gewährleisten:

- indem sie seine Verwirklichung auf der Grundlage des Weißbuches dadurch sicherstellen, daß die Maßnahmen auf nationaler Ebene korrekt um- und durchgesetzt werden;

- durch eine bessere Kontrolle bei der Gewährung öffentlicher Beihilfen an die Wirtschaft, insbesondere wenn diese Mittel besonders kapitalintensive Industrien berühren;
- durch eine stärkere Kohärenz zwischen den verschiedenen gemeinschaftlichen oder nationalen Aktivitäten, soweit sie Industriepolitik berühren, Für dieses Ziel und die Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips ist ein Dialog und Informationsaustausch mit den Betroffenen von wesentlicher Bedeutung. .
- indem sie die Notwendigkeit anerkennen, daß diese Politik die Entwicklungen aufgrund der Globalisierung der Märkte, der Produktion und der Wirtschaftsbeteiligten sowie die Industriepolitik der wichtigsten Konkurrenten der Gemeinschaft berücksichtigt.

2. das Funktionieren des internationalen Marktes stärken:

- durch fortgesetzte Anstrengungen , das multilaterale Handelssystem stärker zu öffnen und strikt zu beachten;
- durch eine Erleichterung der internationalen Investitionsströme;
- durch Wachsamkeit gegenüber unfairen Handelspraktiken und die Bereitschaft, ihnen wirkungsvoll entgegenzuwirken;
- durch Erleichterung der Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern der Gemeinschaft, insbesondere in Mittel- und Osteuropa;
- indem sie sich auf der Grundlage des Prinzips gleicher Rechte und Pflichten dafür einsetzen, daß die Märkte ihrer Konkurrenten ebenso offen sind wie ihr eigener Markt.

3. solche Anpassungsmaßnahmen verfolgen, die darauf abzielen, ein günstiges wirtschaftliches Umfeld für Privatinitiative und Investitionen in der Gemeinschaft herzustellen, d.h.

- stabilitätsorientierte makroökonomische Rahmenbedingungen aufrechtzuerhalten, um die mittel- und langfristige Finanzierung für Industrieunternehmen zu erleichtern. Angesichts der zunehmenden weltwirtschaftlichen Unsicherheit werden verlässliche Rahmenbedingungen in der Gemeinschaft immer mehr erforderlich;
- verstärkte Bemühungen der Unternehmen, der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung zu fördern, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Akteuren und insbesondere zwischen Herstellern und Verwendern neuer Technologien sicherzustellen und das industrielle Potential, das in der Politik der Innovation, Forschung und technologischen Entwicklung angelegt ist, auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene zu nutzen.
- die nationalen und gemeinschaftlichen Strukturinstrumente stärker in den Dienst der Strukturanpassung und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den am wenigsten entwickelten Regionen zu stellen;
- Ansätze zu verstärken, die den besonderen Bedingungen kleiner und mittlerer Unternehmen Rechnung tragen sowie Unternehmensgründungen fördern. Insbesondere sollten auch nationale und gemeinschaftliche Maßnahmen

weiterentwickelt werden, die die Zusammenarbeit von großen mit kleinen und mittleren Unternehmen innerhalb der Gemeinschaft und darüber hinaus unterstützen.

- zu erkennen, daß ein hoher umweltpolitischer Standard Herausforderungen und Möglichkeiten für die Industrie eröffnet und daß Wettbewerbsfähigkeit und das Streben nach Umweltschutz zunehmend keinen Gegensatz darstellen..
- eine effiziente Politik durchzuführen, die die Aus- und Fortbildung der Menschen verbessert, in dem sie auf der Grundlage einer detaillierten Kenntnis der Bedürfnisse der Industrie insbesondere das lebenslange Lernen fördert;
- europäische Infrastrukturnetze zu schaffen, damit der Binnenmarkt sowohl auf Gemeinschafts- als auch auf gesamteuropäischer Ebene seine vollen Wirkungen entfalten kann;
- sicherzustellen, daß industrielle Entwicklungsprozesse aufmerksam beobachtet werden , so daß notwendige Anpassungserfordernisse rechtzeitig erkannt werden können.

STRUKTURELLE ANPASSUNG

I VORBEDINGUNGEN

II KATALYSATOREN

III AKZELERATOREN

■ Wettbewerb		
■ Wirtschaftliches Umfeld	■ Binnenmarkt	■ Forschung, Entwicklung, Technologie, Innovation
■ Bildungsniveau		■ Ausbildung
■ Wirtschaftlicher und Sozialer Zusammenhalt	■ Handelspolitik	■ Kleine und mittlere Unternehmen
■ Umweltschutz		■ Unternehmensdienste

A N H A N G

INHALTSVERZEICHNIS

A. Globale Tendenzen	30
I. Exportleistung der Gemeinschaft	30
II. Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen EG-USA-Japan	30
III. Produktivität	31
B. Eine erheblich verbesserte wirtschaftliche Situation	32
I. Rückkehr zu einem nichtinflationären Wachstum	32
II. Der Weg zur Anpassung	32
III. Rückkehr zur Konvergenz	33
C. Eine Gemeinschaftsindustrie mit neuem Elan	33
I. Produktion	33
II. Investitionen und Beschäftigung	34
D. Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftsindustrie	35
I. Die Wettbewerbssituation	35
II. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	36
III. Sonstige Wettbewerbsfaktoren	37

VERZEICHNIS DER SCHAUBILDER

Schaubild 1	Anteil der EG, der USA und Japans an den Weltausfuhren aus Industrieländern
Schaubild 2	Entwicklung der EG-Handelsbilanzen 1980-1989
Schaubild 3	Entwicklung des Außenhandels mit Industrieerzeugnissen
Schaubild 4	Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen EG-USA-JAPAN
Schaubild 5	Produktivitätsniveau und Produktivitätsentwicklung
Schaubild 6	Entwicklung der Produktivität im produzierenden Gewerbe
Schaubild 7	Wichtigste Wirtschaftsindikatoren
Schaubild 8	Indikatoren der Anpassung
Schaubild 9	Entwicklung der Produktion, der Investitionen und der Beschäftigung in der Industrie
Schaubild 10	Entwicklung der industriellen Produktion in der EG, den USA und Japan
Schaubild 11	Industrieproduktion nach Sektoren
Schaubild 12	Entwicklung der Realzinsen
Schaubild 13	Kapitalkosten

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tabelle 1	Entwicklung der Industrieproduktion
Tabelle 2	Wettbewerbssituation der Gemeinschaftsindustrie nach Sektoren

Die Gemeinschaftsindustrie in den neunziger Jahren

A. Globale Tendenzen

Der heute bereits erreichte Grad an weltwirtschaftlicher Verflechtung bedeutet, daß sich die Industrie der Gemeinschaft auf ein offenes und wettbewerbsorientiertes Umfeld einstellen muß, in dem der Wettbewerb auf den großen Märkten der Welt mehr und mehr globalen Charakter annimmt. Für die Industrie der Gemeinschaft stellt sich damit die Herausforderung, sich einem weltweiten und nicht auf den eigenen Binnenmarkt beschränkten Wettbewerb zu stellen.

I. Exportleistung der Gemeinschaft

Einen ersten Hinweis darauf, wie die Gemeinschaft im Vergleich mit ihren wichtigsten Konkurrenten abschneidet, liefert die Entwicklung der Exportanteile. Da der EG-Anteil am Weltexport zwangsläufig in dem Maße zurückgeht, wie mehr und mehr Länder über den Außenhandel ihren Entwicklungsprozeß vollziehen, eignet sich der EG-Anteil an den Weltausfuhren aus entwickelten Ländern besser als Meßgröße für die Wettbewerbsfähigkeit. Auf dieser Basis behauptet sich die Gemeinschaft mit einem Exportanteil, der 1987 gleich hoch ist wie 1970 (Schaubild 1). Anfang der achtziger Jahre kam es zu einem deutlichen Rückgang, doch hat sich diese Entwicklung mittlerweile stabilisiert, ohne daß allerdings die verlorengegangenen Exportanteile zurückerlangt werden konnten. Diese Leistung ist umso beachtlicher, als die zweite Hälfte der achtziger Jahre auch durch außergewöhnlich hohe innergemeinschaftliche Ausfuhren gekennzeichnet war, die jetzt nahezu die Hälfte der Weltexporte aus Industrieländern (ohne innergemeinschaftliche Ausfuhr) ausmachen. Zu weit dramatischeren Veränderungen kam es indessen bei den wichtigsten Konkurrenten der Gemeinschaft: so verloren die USA während der ganzen siebziger Jahre und in der ersten Hälfte der achtziger Jahre große Exportanteile an Japan. Mittlerweile hat sich der Exportanteil Japans stabilisiert, während sich die Ausfuhren der USA erholen konnten.

Während der ganzen achtziger Jahre konnte die Gemeinschaft in ihrem Außenhandel mit Industrieerzeugnissen Überschüsse erzielen. Dieser Überschuß reichte zusammen mit den Folgen des deutlichen Rückgangs der Energiekosten im Jahre 1986 aus, um in diesem Jahr einen globalen Außenhandelsüberschuß zu sichern (siehe Schaubild 2). Seit der Mitte des Jahrzehnts geht der Überschuß in der Handelsbilanz mit Industrieprodukten jedoch zurück.

Es ist nicht deutlich, welches Zusammenwirken von geringerer Preiswettbewerbsfähigkeit, kräftigerer Inlandsnachfrage in Europa und Beitrittsfolgen für diese schwächere Ausfuhrleistung der Gemeinschaft in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts verantwortlich zu machen ist. Gleichzeitig wies der innergemeinschaftliche Handel mit Industrieprodukten ein Wachstum auf, das der Zunahme der Importe aus Drittländern in nichts nachstand (Schaubild 3). Wahrscheinlich nimmt die Industrie ungeachtet der Folgen der Erweiterung die Vollendung des Binnenmarktes bereits vorweg und nutzt den Inlandsmarkt als Basis für die Erlangung jenes Produktionsmaßstabs, der für einen erfolgreichen Wettbewerb auf Drittlandsmärkten erforderlich ist; jedenfalls spricht nichts für eine geringere Exportfähigkeit.

II. Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen EG-USA-Japan

Das Verhältnis zwischen der Gemeinschaft, den USA und Japan als den wichtigsten Märkten der Welt läßt jedoch Schwächen in der globalen Wettbewerbsposition der Gemeinschaft erkennen. So stehen die Handelsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und den USA und zwischen den USA und Japan auf einem hohen

Niveau (Schaubild 4). Die Handelsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan dagegen sind vor allem in der Richtung EG-Japan weit weniger entwickelt. Da Unternehmen mit globalem Wettbewerbscharakter in zunehmendem Maße eine lokale Produktion aufnehmen, um von der Marktnähe zu profitieren, örtliche FuE-Möglichkeiten anzuzapfen und Reibungsverluste im Handel gering zu halten, sind auch ausländische Direktinvestitionen zu einem wichtigen Faktor der globalen Wettbewerbsfähigkeit geworden. Auch hier sind die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den USA in beiden Richtungen (wenngleich mit einem Vorteil für die Gemeinschaft) ausgewogen, während die Beziehungen USA-Japan wesentlich größere Schwächen erkennen lassen und die Beziehungen EWG - Japan - auch hier besonders bei den europäischen Investitionen in Japan - sehr schwach sind. Da Japan heute der erste Markt ist, auf dem viele neue Produkte eingeführt und getestet werden, stellt dies einen besonders wunden Punkt dar.

III. Produktivität

Wirft man einen Blick hinter die Daten der internationalen Wirtschaftsleistung und sucht man nach den tieferliegenden Ursachen, so stößt man unweigerlich auf die Rolle der Produktivität. Höhere Produktivität bedeutet höheren Lebensstandard und stärkt die Wettbewerbskraft. Während unmöglich alle Länder gleichzeitig ihre Weltmarktanteile verbessern können, können alle ihre Wirtschaft durch verbesserte Produktivität leistungsfähiger machen.

Die Messung der Produktivität wird durch Definitionsprobleme erschwert, die auf internationaler Ebene noch stärker ins Gewicht fallen. Das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) pro Beschäftigten ist eine grobe Meßgröße für die Arbeitsproduktivität insgesamt. 1987 lag die Arbeitsproduktivität in den USA deutlich über der in der Gemeinschaft und in Japan. Die niedrige Gesamtproduktivität in Japan ist zu einem Teil auf die niedrige Produktivität der Landwirtschaft und vieler Dienstleistungsbereiche zurückzuführen. Die Daten aus der Mitte der achtziger Jahre lassen erkennen, daß die Produktivität des produzierenden Gewerbes in Japan anders als in der Gemeinschaft deutlich über der der übrigen Wirtschaft lag und die der Gemeinschaftsindustrie überschreiten dürfte, ohne jedoch die der amerikanischen Industrie zu erreichen.

Bekanntlich verlangsamte sich das Tempo der Produktivitätssteigerung nach der ersten Energiekrise weltweit sehr stark (Schaubild 5). Seitdem ist das BIP pro Beschäftigten in Japan um rund einen Prozentpunkt jährlich rascher gestiegen als in der Gemeinschaft. Außerdem sind die Werte für die Produktivitätssteigerung in den USA nach Jahrzehnten niedriger Zuwachsraten deutlich besser geworden. Zur Beurteilung der Produktivitätsentwicklung im produzierenden Gewerbe verwendet das US-amerikanische Arbeitsministerium Daten zur Produktionsleistung pro Stunde für sieben EG-Länder, die USA und Japan. Dies erlaubt eine wesentlich striktere Definition der Produktivität (Schaubild 6). In den letzten zehn Jahren ist die Produktivität im produzierenden Gewerbe Japans - mit zwei Prozentpunkten mehr als in der Gemeinschaft und in den USA - sogar noch rascher als in der gesamten Wirtschaft gestiegen. In der Gemeinschaft war die Produktivitätssteigerung je nach Mitgliedstaat sehr unterschiedlich: Belgien und das Vereinigte Königreich verzeichneten hohe Produktivitätsgewinne in der Industrie, Dänemark und Deutschland eher niedrige Zuwachsraten. Die derzeitige Lage und der bestehende Trend in der internationalen Produktivität sind daher alles andere als Anlaß zu Selbstgefälligkeit in Europa.

So wichtig die Arbeitsproduktivität auch ist, sie kann nur ein partielles Bild vermitteln. Inwieweit ein höherer Lebensstandard und eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit erreichbar sind, bestimmt sich auch nach der Kapitalproduktivität, d.h. danach, wie effizient das Kapital eingesetzt wird. Die verfügbaren Daten über den Kapitalstock bieten jedoch keine verlässliche Basis für

internationale Vergleiche. Dennoch kann gesagt werden, dass Verbesserungen in der Herstellungstechnologie und die Einführung flexibler Herstellungssysteme zugleich die Effizienz des Kapitaleinsatzes und die Arbeitsproduktivität erhöhen. Dabei ist nicht nur die Gefahr geringer, dass Arbeit durch Kapital ersetzt wird, sondern auch die wirtschaftlichen Gewinne sind wesentlich grösser. Andererseits ist ein hohes Niveau an organisatorischen Fähigkeiten heute Voraussetzung für eine wirksame Durchführung der derzeitigen Investitionen.

B. Eine erheblich verbesserte wirtschaftliche Situation

I. Rückkehr zu einem nichtinflationären Wachstum

Nachdem sich die Wirtschaft von dem Ölpreisschock der Jahre 1979-80 erholt hatte, beschleunigte sich das Tempo des realen Wachstums des BIP auf 3 % jährlich; dieser Trend dürfte auch 1990 und 1991 anhalten können (siehe Schaubild 7). Die Beschäftigung - ein Bereich, wo Europa in den siebziger Jahren eine besonders schwache Leistung vorzuweisen hat - hat mittlerweile ein jährliches Wachstum von etwa 1 % erreicht. Nach einem Rekordzuwachs von 1,7 % im Jahre 1989 wird erwartet, daß sich die Beschäftigungsentwicklung in den beiden kommenden Jahren verlangsamen, aber noch immer deutlich positiv bleiben wird.

Dennoch ist die Arbeitslosenquote mit 8,5% - nach einer Spitze von 10,8% im Jahre 1985 - nach wie vor unverträglich hoch. Eine deutliche Absenkung ist nur möglich, wenn längerfristig ein anhaltend starkes Beschäftigungswachstum in Verbindung mit einer rückläufigen Zahl neu in den Arbeitsmarkt eintretender jugendlicher Arbeitsuchender gesichert werden kann.

Zu den guten Ergebnissen im Bereich der Produktion und der Beschäftigung haben auch die entschiedenen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung während der ersten Hälfte der achtziger Jahre beigetragen. 1986 und 1987 wurde der Rückgang der Inflation auch durch die rückläufige Entwicklung bei den Ölpreisen und die höhere Bewertung der Gemeinschaftswährungen erleichtert.

Ab 1988 begann die Inflation durch das Zusammenwirken der Rohstoffimporte, eines gegenüber dem Dollar schwächeren Ecu, einer gewissen Beschleunigung des Lohnkostenanstiegs und der Folgen eines zunehmenden Drucks auf die Produktionskapazitäten (die 1989 erneut ihren historischen Auslastungsrekord von 1973 erreichten) erneut anzusteigen. Dank der prompten Reaktion der Währungsbehörden war erwartet worden, dass sich der Preisanstieg bei etwa 5 % stabilisieren lassen und dann 1991 auf 4,5 % zurückgehen würde. Erste Anzeichen für die möglichen Folgen der Golfkrise besagen, dass der Effekt auf das Wachstum gering, der auf die Inflation hingegen gravierender sein dürfte. Im Verein mit wachsenden inflationären Spannungen im Inland gibt die Golfkrise damit zu Besorgnis Anlass. Eine prioritäre Aufgabe für die Politiker muss es daher sein, eine Rückkehr zu einer inflationären Lohn-Preis-Spirale zu verhindern. Diese Stabilisierung beinhaltet zwangsläufig höhere Zinsen, bei denen eine reale Zunahme erwartet wird.

Die Bilanz der laufenden Posten verbesserte sich während der ganzen ersten Hälfte des Jahrzehnts und weist seit 1983 einen Überschuss auf, der 1986 1,4 % des BIP erreichte. Bis Ende des Jahrzehnts schloß die Bilanz mit einem geringen Überschuss ab, der auch 1990 und 1991 fortbestehen dürfte.

II. Der Weg zur Anpassung

Untersucht man, wie die Gemeinschaft zu diesem positiven Ergebnis gelangte, so wird sofort deutlich, daß die Lohnmäßigung maßgeblichen Anteil an dieser

Entwicklung hatte. Der rückläufige Lohnanteil am BIP führte zu einer verbesserten Rentabilität (linke Zahlenskala des Schaubilds 8), die auch die Investitionstätigkeit begünstigte und letztendlich zu höherer Beschäftigung führte (rechte Zahlenskala). 1986 setzte eine starke Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen ein. Seitdem hielt sich die Investitionstätigkeit - von einer vorübergehenden Unterbrechung 1986 abgesehen - auf einem hohen Niveau. Als Folge davon erhöhten sich die Gesamtinvestitionen in diesem Jahrzehnt um 30 % und die Ausrüstungsinvestitionen um 60 %.

Besonders bedeutsam war der höhere Beschäftigungseffekt des Wachstums. In den sechziger Jahren wurden bei einem jährlichen Wachstum von 4,8 % nur 0,3 % neue Arbeitsplätze geschaffen. Heute beinhaltet ein Wachstum von 3 % eine jährliche Netto-Zunahme der Beschäftigung um mehr als 1 %. Dies verdeutlicht die Bedeutung der makroökonomischen Anpassung im Arbeitsplatzschaffungsprozeß gegenüber dem eng sektoralen Ansatz, der früher zu einer defensiven Politik der Arbeitsplatzsicherung geführt hat.

III. Rückkehr zur Konvergenz

Ein weiterer wichtiger Faktor der positiven wirtschaftlichen Entwicklung ist in der Rückkehr zu einer realen konvergierenden Entwicklung zu sehen, nachdem die weniger begünstigten Regionen und Länder seit Mitte der achtziger Jahre ihren Abstand zu den anderen Regionen und Ländern verringern konnten (So hat sich das Gefälle im nationalen pro-Kopf-BIP zwischen 1985 und 1990 - gemessen mit dem gewichteten Variationskoeffizienten - um mehr als ein Fünftel verringert). Spanien, Portugal und Irland konnten mit ihrem über dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegenden Wachstum beeindruckende Ergebnisse erzielen. Wie schon in den sechziger Jahren geht das raschere Wirtschaftswachstum der gesamten Gemeinschaft Hand in Hand mit einer allmählichen Verringerung des wirtschaftlichen Gefälles. Lediglich Griechenland konnte unter den weniger entwickelten Mitgliedstaaten an diesem Prozeß nicht teilhaben.

In Spanien und Portugal waren die Investitionen der wichtigste Faktor der Wachstumsbeschleunigung. So stieg der Anteil der Investitionen am gesamten BIP in Spanien um mehr als ein Fünftel auf etwa 26 % und in Portugal um fast ein Drittel auf rund 30 % und liegt damit deutlich über dem Gemeinschaftsdurchschnitt von 21 %. In Irland geht die Wachstumsbeschleunigung vor allem auf das Konto der Ausfuhr. Die konvergierende Wirtschaftsentwicklung ist somit einer Verbesserung der Produktionskapazität und der Wettbewerbsfähigkeit zu verdanken.

C. Eine Gemeinschaftsindustrie mit neuem Elan

I. Produktion

In den achtziger Jahren war die Leistung der Industrie durch die auf den zweiten Ölpreisschock folgende starke Rezession zu Beginn des Jahrzehnts und die daran anschließende langdauernde Erholungsphase gekennzeichnet (siehe Schaubild 9). In der Industrie war die Rezession bei den Investitionen (Rückgang um 6 %) und in der Beschäftigung (4,4 Millionen verlorene Arbeitsplätze) weit stärker und anhaltender als bei der Produktion (Rückgang um 3 %). Bestimmte Industriezweige, insbesondere die Stahlindustrie mit einem Beschäftigungsrückgang um 40 %, wurden noch wesentlich härter getroffen. So setzte sich zu Beginn des Jahrzehnts die Überzeugung durch, daß die europäischen Volkswirtschaften unaufhaltsam auf eine Deindustrialisierung hinsteuert.

Entgegen allen düsteren Prognosen kam es zu einer kräftigen Erholung der Industrieproduktion, die seit 1983 eine anhaltende Expansion aufweist. In den beiden letzten Jahren erreichte sie mit einer jährlichen Zunahme von 4 % und noch

mehr für einige der Sektoren, die am stärksten von der Rezession betroffen waren (Stahlindustrie und Schiffbau), eine Rekordmarke. Die Produktionszunahme geht ausschließlich auf das Konto des produzierenden Gewerbes, da sowohl der Bergbau als auch die Bauwirtschaft das ganze Jahrzehnt über einen deutlichen Produktionsrückgang aufweisen. Wie die kräftige Entwicklung bei den Investitionen erwarten läßt, entfällt die stärkste Produktionszunahme auf Kapitalgüter. Ungeachtet der in letzter Zeit sehr positiven Entwicklung in der Gemeinschaft stieg die Industrieproduktion in den achtziger Jahren - primär als Folge einer rascheren Erholung von der Rezession - sowohl in den USA als auch in Japan erheblich rascher als in Europa (siehe Schaubild 10).

Hinter dem Durchschnitt der gesamten Industrie verbergen sich natürlich sehr unterschiedliche Leistungsergebnisse der einzelnen Sektoren. So reicht die durchschnittliche Produktionszunahme in den letzten zehn Jahren von minus 2 % in der Schuh- und Bekleidungsindustrie bis plus 5,8 % in der Kunststoffindustrie (siehe Schaubild 11). Je feiner die sektorale Aufschlüsselung ist, desto größer sind die Unterschiede (siehe Tabelle 1). Sehr große Industriezweige wie die Chemie, der Maschinenbau, die Elektrotechnik und die Nahrungsmittel-, Getränke- und Tabakindustrie, die mit jeweils mehr als 10 % an der gesamten Industrieproduktion beteiligt sind, umfassen viele unterschiedliche Segmente. In jedem Segment kann die Entwicklung sehr unterschiedlich sein, so daß stark globalisierte Daten für eine sektorale Analyse wenig tauglich sind.

II. Investitionen und Beschäftigung

Gefördert wurde die Erholung der Industrie noch durch die Investitionstätigkeit, die über das ganze Jahrzehnt um jährlich 3,7% und in den beiden Jahren 1988 und 1989 sogar um jeweils 8% zunahm. Diese positive Entwicklung der Investitionen bildet eines der wichtigsten Fundamente für die industrielle Expansion im kommenden Jahrzehnt und berechtigt zu einer optimistischen Einschätzung der Zukunft der Gemeinschaftsindustrie.

Ab 1987 kam auch die rückläufige Beschäftigungsentwicklung in der Industrie zum Stillstand, und mittlerweile entstehen jährlich rund 500.000 neue Arbeitsplätze.

Nicht minder bedeutsam als die Aufwärtsentwicklung in der Produktion, bei den Investitionen und in der Beschäftigung war die strukturelle Anpassung der Gemeinschaftsindustrie, die trotz unterschiedlicher Reife, unterschiedlicher industrieller Struktur und unterschiedlicher Nachfragestruktur eine Reihe gemeinsamer Merkmale aufweist. Bereiche wie Eisen- und Stahlindustrie, Schiffbau, Auto- mobilindustrie, Maschinenbau, Chemie und Unterhaltungselektronikindustrie sind heute in weit höherem Maße mit fortgeschrittener Technologie ausgerüstet, so daß mittlerweile nicht mehr von Industrien mit hohem oder niedrigem Technologiegehalt, sondern nur noch von Produkten mit unterschiedlichem Niveau technischer Differenziertheit die Rede sein kann. Die technologische Innovation ist damit zu einem maßgeblichen Faktor des Wettbewerbsvorsprungs geworden (siehe weiter unten). Im Gegenzug sind der Bedarf an Forschung und Entwicklung und das Niveau der beruflichen Qualifikation enorm gestiegen. Dieser Trend dürfte auch im kommenden Jahrzehnt anhalten und sich sogar verstärken.

Man muß sich deshalb vor dem Fehlurteil hüten, bestimmte Industrien seien einfach technologisch überaltert und für eine Verlagerung in andere Teile der Welt zu kostengünstigeren Produktionsstandorten reif. Die generelle Nutzung der Technologie als Quelle eines Wettbewerbsvorteils bedeutet jedoch, daß die Kontrolle von Schlüsseltechnologien (neue Werkstoffe, fortgeschrittene Elektronik, Informationssysteme, integrierte Produktionsverfahren, Anwendungsformen der Biowissenschaft), die für viele Industrien wichtig sind, zentrale Bedeutung erlangen wird. Dies erfordert, daß die Führungsposition in Schlüsseltechnologien erhalten

bleibt und Mechanismen entwickelt werden, um diese Schlüsseltechnologien auf die einzelnen Industrien zuzuschneiden und für ihre Verbreitung zu sorgen. Bestimmte Industrien spielen auch durch den Technologiegehalt ihrer Produkte, die in zahllosen Industrien als Bauteile für andere fortgeschrittene Produkte in großem Umfang verwendet werden, eine Schlüsselrolle. Ein besonders typisches Beispiel für solche Produkte sind Halbleiter.

D. Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftsindustrie

I. Die Wettbewerbssituation

Bei der Beurteilung der derzeitigen Wettbewerbsposition der Gemeinschaftsindustrie ist die Untersuchung der sektoralen Handelspositionen (die sogenannte "revealed comparative advantage" Analyse) nach wie vor eine brauchbare Methode. Eine solche Analyse sagt jedoch nichts darüber aus, warum bestimmte Industrien eine solche Position haben oder wie sich ihre Lage in Zukunft entwickeln dürfte. Sie liefert folglich mehr eine Momentaufnahme der vorhandenen Situation als eine Erklärung hierfür.

Für 1988 stehen ausreichend detaillierte Informationen (für fast 100 verschiedene Produktgruppen) zur Verfügung. Da in Industriezweigen, in denen auf den Außenhandel nur ein kleiner Teil der Produktion entfällt, eine Überschussituation rasch einer Defizitsituation Platz machen kann oder umgekehrt, wurde zur Klassifizierung der Wettbewerbsposition einzelner Industriezweige eine Kombination aus hohem Exportanteil an der Produktion und hoher Relation zwischen Ausfuhr und Einfuhr gewählt. So wurde entweder in einer positiven Handelsbilanz in Verbindung mit einem sehr hohen Exportanteil an der Produktion oder in einem durchschnittlichen Exportanteil an der Produktion (10-30 %) in Verbindung mit einer sehr hohen Ausfuhr-Einfuhr-Relation (über 3) ein Indikator für Sektoren gesehen, in denen die Gemeinschaft eine sehr günstige Position einnimmt.

Die Gemeinschaft nimmt bei einer großen Zahl von Produktgruppen (44) eine gute oder sehr gute Position, bei einer begrenzten Zahl anderer Produktgruppen (23) hingegen eine schlechte oder sehr schlechte Position ein (Tabelle 2). Die Produkte, bei denen die Gemeinschaft eine starke Wettbewerbsposition einnimmt, sind keineswegs auf einige wenige Kategorien beschränkt; vielmehr gehören sie zu den unterschiedlichsten Produktgruppen einschließlich solcher von Industriezweigen, die allgemein nicht zu den Stärken der europäischen Industrie gerechnet werden (Stahlröhren, Beleuchtungsartikel, industrielle Elektrogeräte, Möbel usw.). Dabei sollte die Lage in spezifischen Segmenten und nicht so sehr in ganzen Industriezweigen untersucht werden. Selbst in Industriezweigen, in denen die Gemeinschaft in der Regel keine besonders starke Position einnimmt, können die Unternehmen in bestimmten Segmenten durchaus wettbewerbsfähig sein. Es ist daher wichtig, in allen Bereichen Positionen der Stärke zu entwickeln, die es den europäischen Herstellern erlauben, in einem breiten Spektrum von Segmenten wettbewerbsfähig zu sein.

Bei der Beurteilung der globalen Wettbewerbsstärke stellt sich auch die Frage, inwieweit eine Ausfuhrspezialisierung zu einer starken Position zu verhelfen vermag. Der unbestreitbare Exporterfolg verschiedener japanischer Industrien hat ungeachtet der breiten Palette erfolgreicher Exportprodukte Japans das Interesse an einer Spezialisierungsstrategie ("targeting") geweckt. Eine solche Spezialisierung erhöht jedoch zwangsläufig die Anfälligkeit gegen Veränderungen in den Marktbedingungen; sie muß deshalb eine deutlich bessere Leistung verbürgen, um ihre Rechtfertigung zu finden.

Spezialisierung kann zu einem großen Teil mit Volumen assoziiert werden, und so international erfolgreiche europäische Exportnationen wie Schweden und die Schweiz zeichnen sich durch eine hohe Spezialisierung aus. In der Gemeinschaft bildet sich Spezialisierung mehr auf nationaler und regionaler als auf Gemeinschaftsebene heraus (beispielsweise Deutschland für Kapitalgüter, Italien für Konsumgüter, Belgien und Dänemark für Verkehrsleistungen und Luxemburg und das Vereinigte Königreich für Finanzdienstleistungen). Da diese Formen der Spezialisierung besonderen Verhältnissen entsprechen, aus denen diese Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit auf bestimmten Gebieten schöpfen, dürfte eine ähnliche gemeinschaftsweite Spezialisierung für die Wettbewerbsfähigkeit eher hinderlich als förderlich sein.

II. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Verschiedene Bestimmungsgrößen der Wettbewerbsfähigkeit lassen sich messen. Fallende Wechselkurse verbessern die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, indem sie die Ausfuhren verbilligen und die Einfuhren verteuern. Verteilt über das ganze Jahrzehnt sind die nominalen Wechselkurse der Gemeinschaftswährungen gegenüber denen der anderen Industrieländer um 30 % zurückgegangen. Der nominale Wechselkurs für den Dollar stieg um 50 % (bevor er auf ein geringfügig höheres Niveau als zu Beginn des Jahrzehnts fiel), während sich der Wert des Yen nahezu verdoppelte.

Sinkende effektive Wechselkurse sichern zwar einen kurzfristigen Wettbewerbsvorsprung, doch ist auf längere Sicht ein Festhalten an höheren Wechselkursen ein Zeichen zunehmender Wettbewerbsfähigkeit und steigenden Lebensstandards. Ziel sollte nicht eine Politik der Abwertung, sondern eine Politik der Aufrechterhaltung stabiler Wechselkurse sein, die eine gesunde Vorausplanung der Unternehmen erlaubt. In Europa zielte der Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems in den letzten zehn Jahren auf die Sicherung dieser Stabilität ab.

Die realen Lohnstückkosten gingen während des ganzen Jahrzehnts zurück und erreichten den niedrigsten Stand der letzten drei Jahrzehnte. Diese Entwicklung war umso beachtlicher, als damit sowohl die USA, in denen die Lohnstückkosten stabil blieben, als auch Japan, wo sich die Kosten nur halb so stark wie in der Gemeinschaft verringerten, übertroffen wurden. Im Verein mit den Wechselkursveränderungen sind auch die Arbeitskosten pro Einheit während des Jahrzehnts zurückgegangen, während sie in den USA gegen Mitte des Jahrzehnts zuerst stark anstiegen, bevor sie erneut zurückgingen, und sich in Japan beständig erhöhten.

Auch die Kosten der Investitionsfinanzierung sind ein wichtiges Preiselement der Wettbewerbsfähigkeit, vor allem in kapitalintensiven Industrien oder solchen, in denen vorausgegangene Investitionen durch technologische Veränderungen überholt werden.

Da japanische Firmen einen erheblichen Teil ihrer Investitionen eher mit Fremdkapital als mit Eigenkapital finanzieren, spielen die langfristigen realen Zinssätze eine große Rolle. Im laufenden Jahrzehnt lagen die realen Zinssätze in Japan bei durchschnittlich 4,4 % gegenüber 4,2 % in der Gemeinschaft und 5,2 % in den USA. Angesichts der zunehmenden Investitionstätigkeit sollte als Finanzierungssatz der Investitionen jedoch mehr der Zinssatz in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts betrachtet werden, als der reale Zinssatz in Japan weiterhin bei durchschnittlich 4,4 % gegenüber 5,4 % in den USA und 5,5 % in der Gemeinschaft lag. Während des gesamten Jahrzehnts reagierten die japanischen Zinssätze rascher auf inflationären Druck und paßten sich rascher als in den USA und vor allem als in Europa nach oben oder unten an (Schaubild 12). Das Ergebnis war eine niedrige

Risikoprämie ähnlich der Deutschlands innerhalb der EWG, wo Länder mit niedriger Inflation in der Regel ebenfalls niedrigere reale Zinssätze haben.

Fremdkapitalfinanzierung hat einen gewichtigen Vorteil gegenüber einer Finanzierung aus Eigenkapital und Rücklagen, da Zinszahlungen steuerlich als Ausgaben vor Steuern behandelt werden. Eine Kombination aus niedrigen Zinssätzen und hoher Fremd- und Eigenkapitalrelation kann deshalb einen gewichtigen Wettbewerbsvorteil in Form billiger Finanzierungsmittel bieten. Die Unternehmen sind jedoch anfälliger gegen zyklische Einnahmenverminderungen, da die Zinsen aus dem Cashflow finanziert werden müssen. Entweder müssen sie die Fremdkapitalaufnahme reduzieren, damit sie die Zinsen zahlen können, oder sie müssen sich auf ein Finanzsystem verlassen können, das ihnen bei kurzfristigen Cashflow-Schwierigkeiten entgegenkommt.

Eine ausführlichere Betrachtung der Finanzierungskosten müßte alle möglichen Finanzierungsquellen und die Auswirkungen von Inflation und Besteuerung auf die Gewinne und auf die Abschreibungen zwecks Berechnung der Kapitalkosten umfassen. Da die Kapitalkosten nicht nur von den Finanzierungsquellen, sondern auch von der Art der Investitionen abhängen, sind Vergleiche anhand verschiedener Investitionskategorien anzustellen. Nach Angaben der Federal Reserve Bank von New York profitieren japanische Firmen bei einer breiten Palette von Investitionskategorien, besonders aber bei Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, von niedrigen Kapitalkosten. Deutsche Firmen haben vergleichbare niedrige Kapitalkosten bei Ausrüstungsinvestitionen, während ihre Kapitalkosten bei FuE-Vorhaben eine Mittelposition zwischen denen Japans einerseits und des Vereinigten Königreichs und der USA andererseits einnehmen (siehe Schaubild 13).

Niedrige Kapitalkosten bedeuten, daß die Zinssatzhürde, die ein Vorhaben nehmen muß, bevor es als rentabel angesehen werden kann, entsprechend niedriger liegt und die Investitionen entsprechend höher ausfallen können. Diese kommerziellen Investitionen führen dann natürlich zu einem hohen Produktionsniveau, zu Produktinnovation und letztendlich zu höheren Marktanteilen. Im letzten Jahrzehnt läßt sich der Effekt der Kapitalkosten auf die Investitionen an einem Investitionsanteil an der Gesamtwirtschaft von 30 % in Japan, 20 % in Deutschland und 17,5 % in den USA und im Vereinigten Königreich ablesen.

III. Sonstige Wettbewerbsfaktoren

Um international wettbewerbsfähig zu sein, genügt es nicht, die Faktorpreise zu kontrollieren und attraktive Wechselkurse zu sichern. In einer Zeit raschen technologischen Wandels im Verein mit erheblichen Skalenerträgen, starker Produktdifferenzierung, höherer Flexibilität und globaler Unternehmenstätigkeit sind die meisten Wettbewerbsvorteile in der Regel nicht vorgegeben, sondern müssen erst geschaffen werden. Durch effizienteren Materialeinsatz und Entwicklung von Substituten verliert der Besitz von Rohstoffen als Wettbewerbsfaktor an Bedeutung, während mit der zunehmenden Automation der Zugang zu neuester Technologie immer mehr zu einem Schlüsselfaktor wird.

Es ist nicht einfach, die nicht vom Faktorpreis bestimmte Komponente der Wettbewerbsfähigkeit zu messen. Mit an vorderster Stelle unter den Wettbewerbsfaktoren steht die Qualität. In dem Maße, wie die Ansprüche der Verbraucher steigen, wird Qualität - im Design, in der Herstellung und in der Leistung - zu einem ausschlaggebenden Kaufkriterium. Schlechte Qualität wird nicht durch niedrige Preise wettgemacht, und da der Verbraucher nicht gezwungen werden kann, Produkte, die er nicht will, zu kaufen, müssen die Hersteller im Wettbewerb an erster Stelle auf Qualität setzen. Wenn sich Qualitätsmerkmale in objektiven Bewertungen - wie Pannenhäufigkeit bei bestimmten Automodellen - widerspiegeln,

ist die Durchsetzung höherer Marktpreise der beste Indikator für höhere Wettbewerbsfähigkeit.

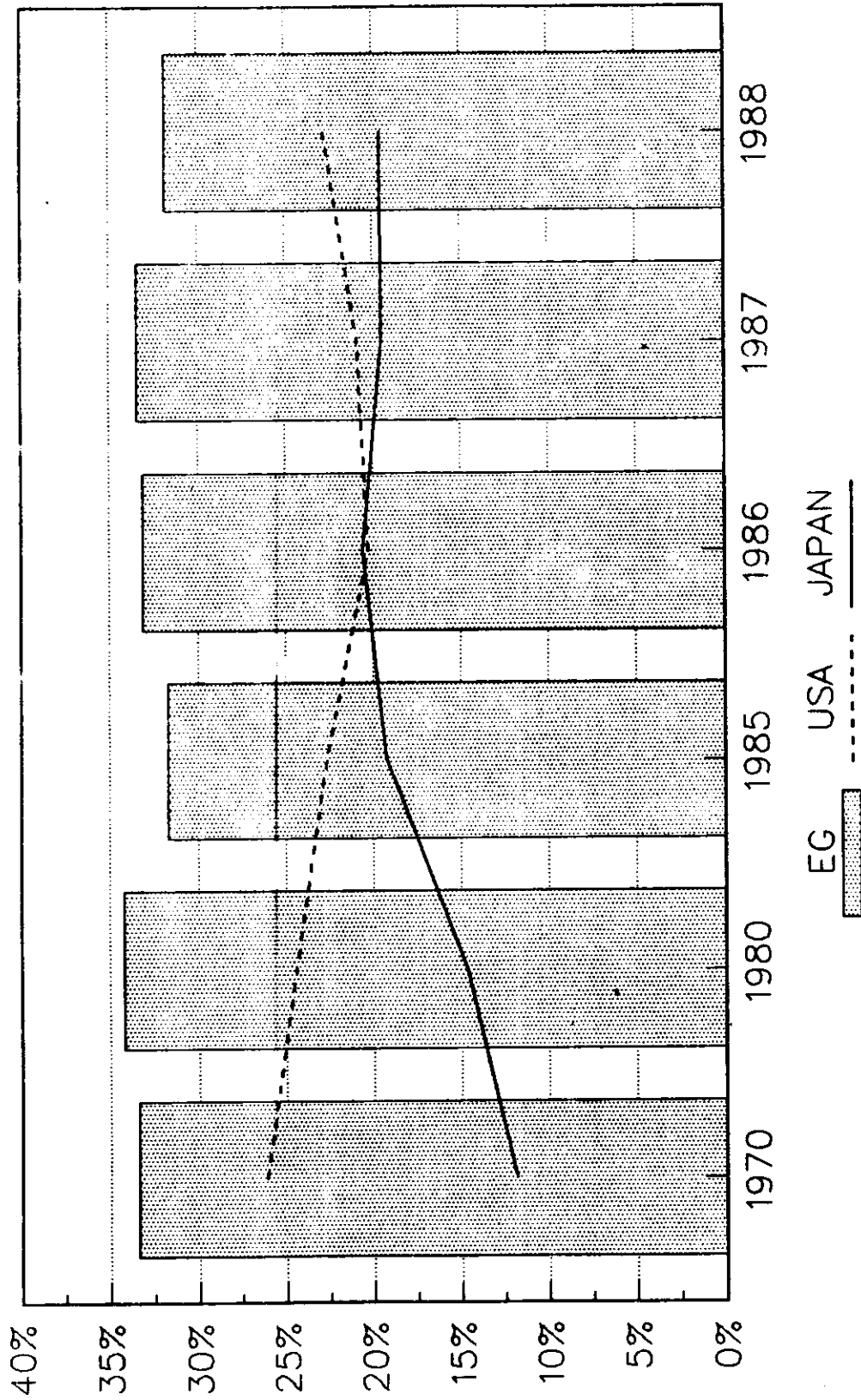
In modernen Produktionssystemen wird der Trade-off zwischen Qualität und Preis weitgehend durch Kosteneinsparungen aufgrund niedriger Ausfall- und Pannenraten gelöst. Solche Systeme sind jedoch sehr aufwendig und erfordern neben technischen Fertigkeiten und Kapital erhebliche organisatorische Anstrengungen. Andererseits sind gerade diese Fähigkeiten zu einer Quelle der Wettbewerbsfähigkeit geworden, die einen sicheren Vorsprung verbürgt.

Im gleichen Sinne wird in einem sich rasch verändernden strategischen und kommerziellen Umfeld der Zugang zu bestimmten Unternehmensdienstleistungen (Managementberatung, Rechtsberatung, Marketingdienst, Personalwirtschaft, Kommunikations- und Informationsdienste) zu einem maßgeblichen Faktor einer erfolgreichen Anpassung der Unternehmen und der Produkte an die Marktbedingungen und damit zu einer Quelle von Wettbewerbsvorteilen.

Mit der immer rascheren Einführung neuer Produkte ist auch die Innovation zu einer wichtigen Wettbewerbsquelle geworden. Dabei hat sich gezeigt, daß die Innovationsfähigkeit nur in einem schwachen Zusammenhang mit Inputgrößen wie globaler FuE-Aufwand steht. Entscheidender ist die Fähigkeit, neue Technologien rasch in Produkte und in Verfahren umzusetzen und die Technologien, die die Voraussetzung für kommerzielle Innovation sind, zu kontrollieren.

Dies bedeutet, dass der Prozess, mit dem Erkenntnisse von der Grundlagenforschung über die vorwettbewerbliche Forschung auf kommerzielle Anwendungen übertragen werden, und die Fähigkeit, Grenzertrags-Verbesserungen in der Technologie auf allen Stufen des Produktionsprozesses in die Wege zu leiten, von massgeblicher Bedeutung sind. Dies wiederum beinhaltet, dass Innovationsmanagement zu einer Kernfrage des Wettbewerbserfolgs wird. Ebenso bedeutet es, dass die unternehmenseigenen Bemühungen im Bereich der Forschung und Entwicklung und im Bereich der Innovation eine massgebliche Rolle bei der Wettbewerbsfähigkeit spielen.

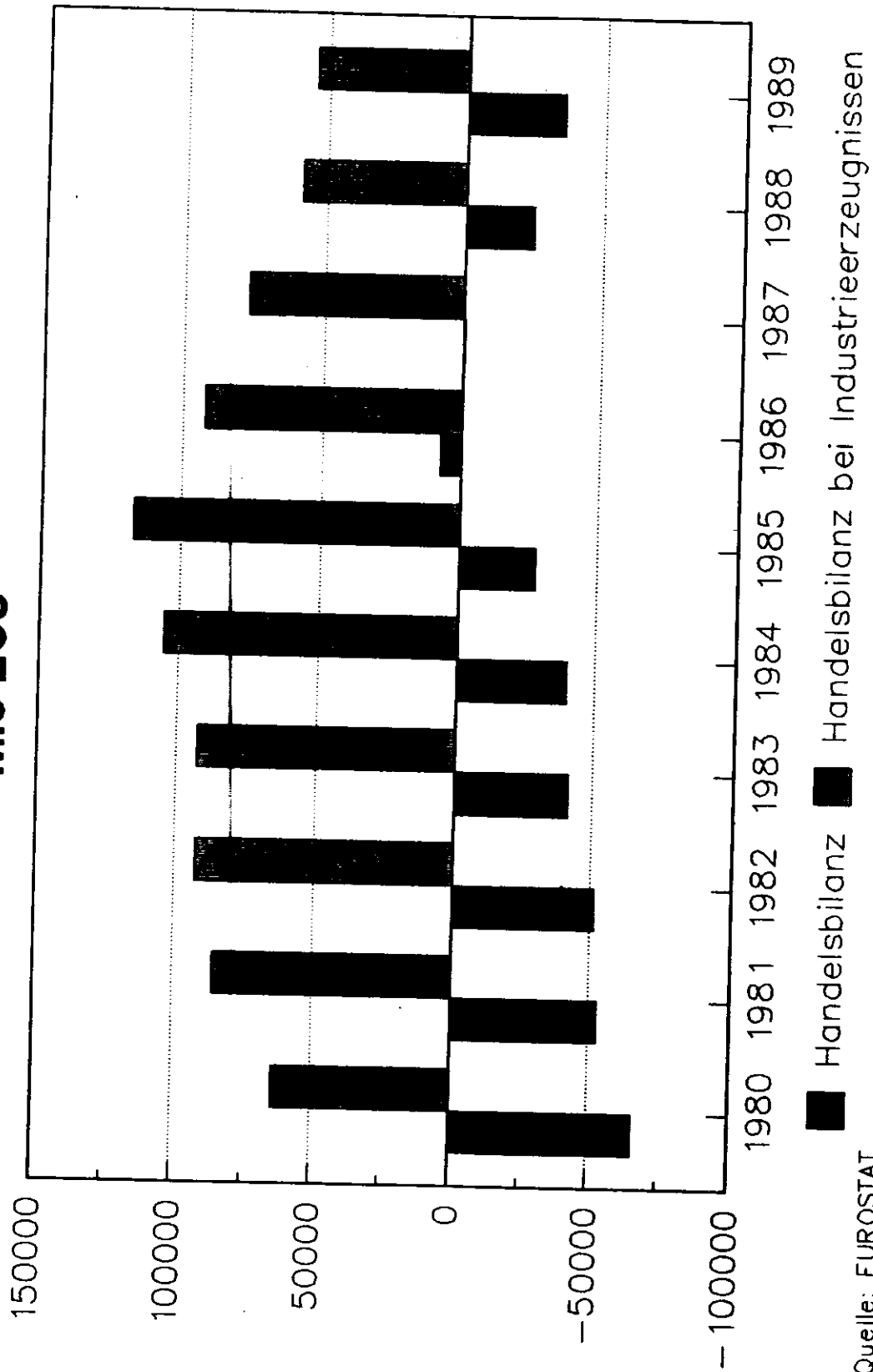
ANTEIL DER EG, DER USA UND JAPANS AN DEN WELTAUSFUHREN AUS INDUSTRIELÄNDERN



Quelle: Statistisches Monatsbulletin der Vereinten Nationen

ENTWICKLUNG DER EG-HANDELSBILANZEN 1980-1989

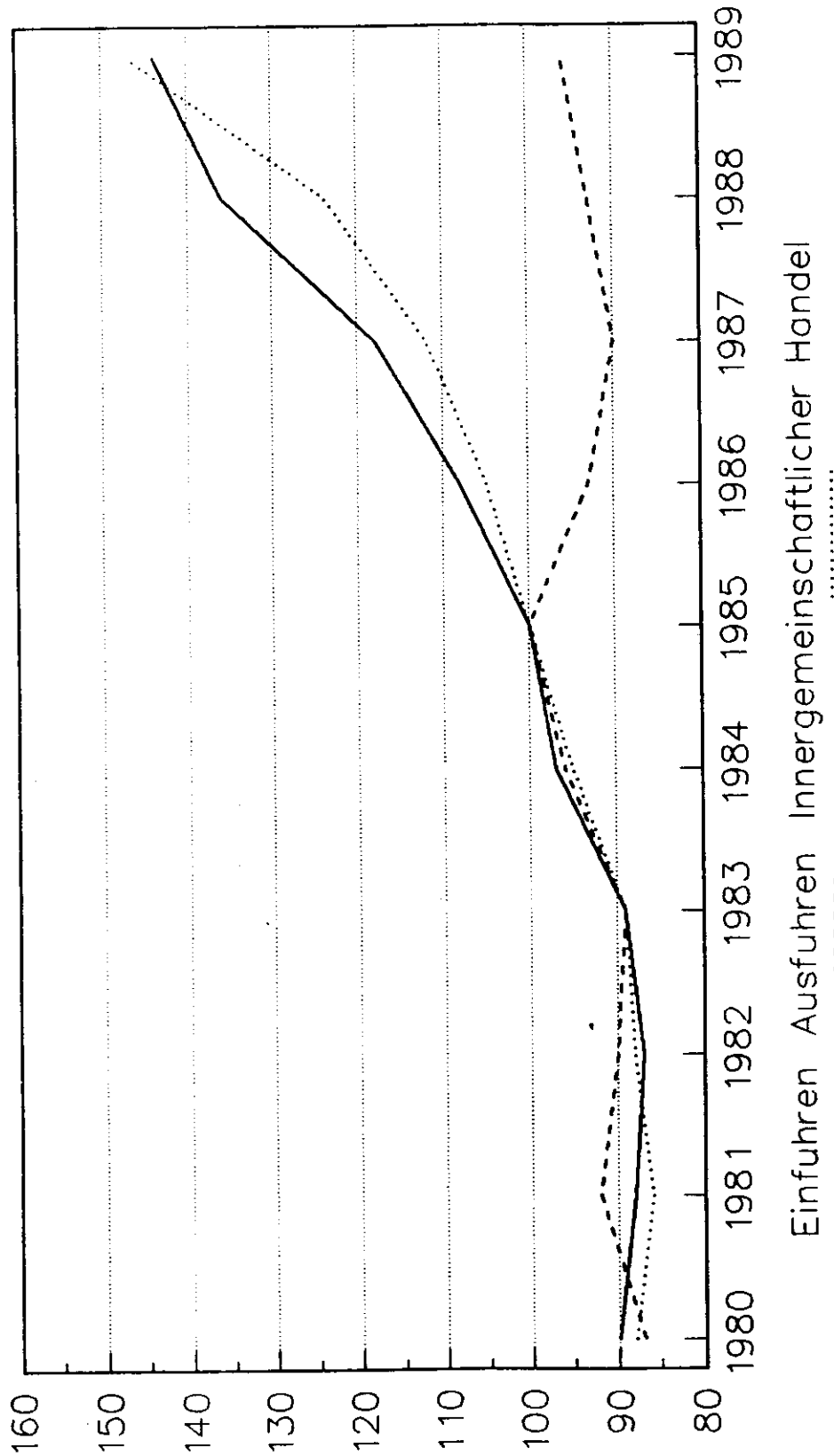
Mio ECU



Quelle: EUROSTAT

ENTWICKLUNG DER AUSSENHANDELS MIT INDUSTRIERZEUGNISSEN

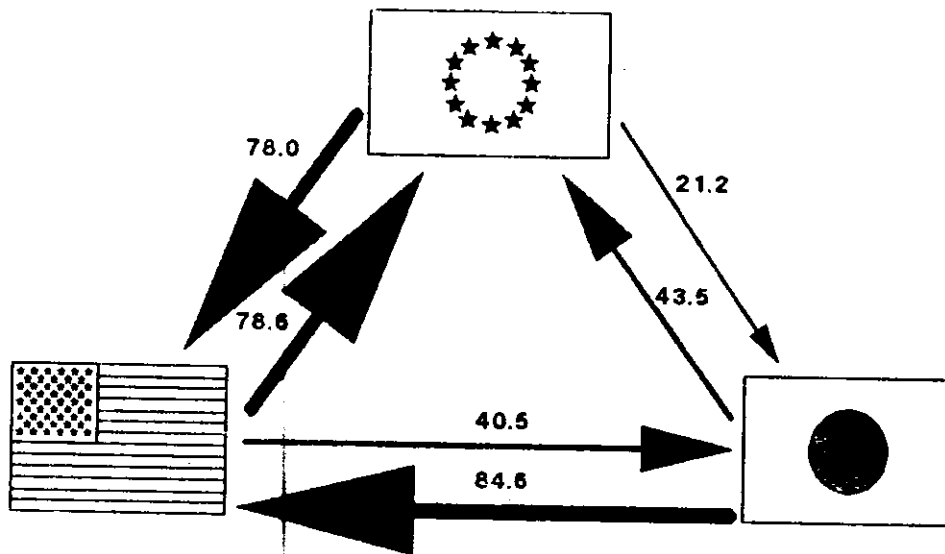
Umfang 1985=100



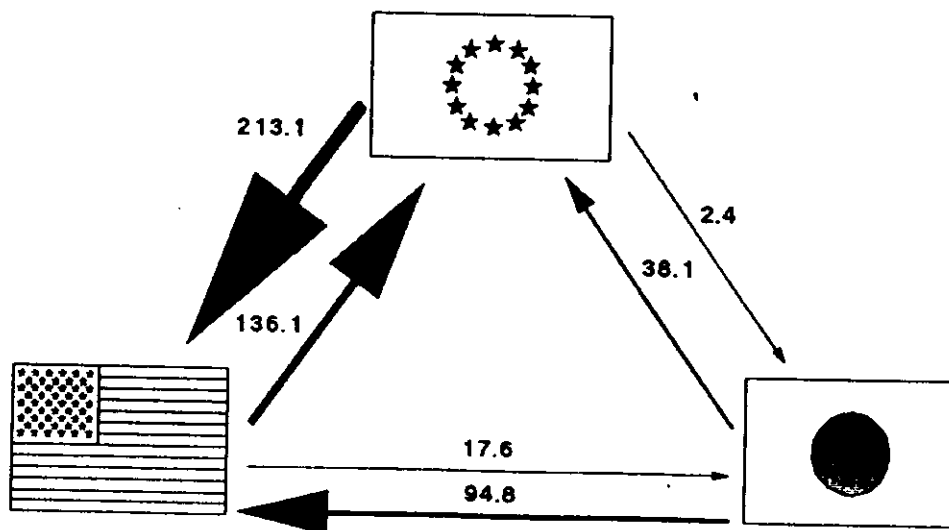
Quelle: EUROSTAT

BILATERALE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN EG-USA-JAPAN
in Milliarden ECU 1989

Ausfuhren



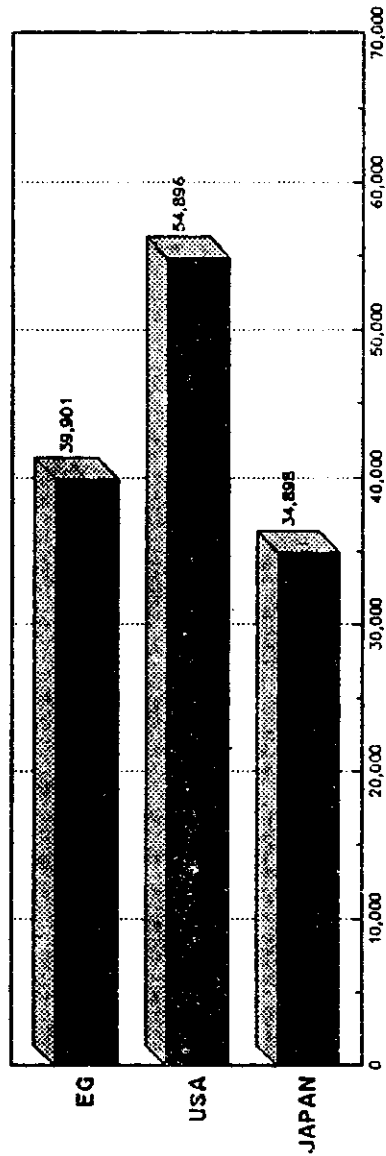
Bestand an ausländischen Direktinvestitionen



PRODUKTIVITÄTSNIVEAU UND PRODUKTIVITÄTSENTWICKLUNG

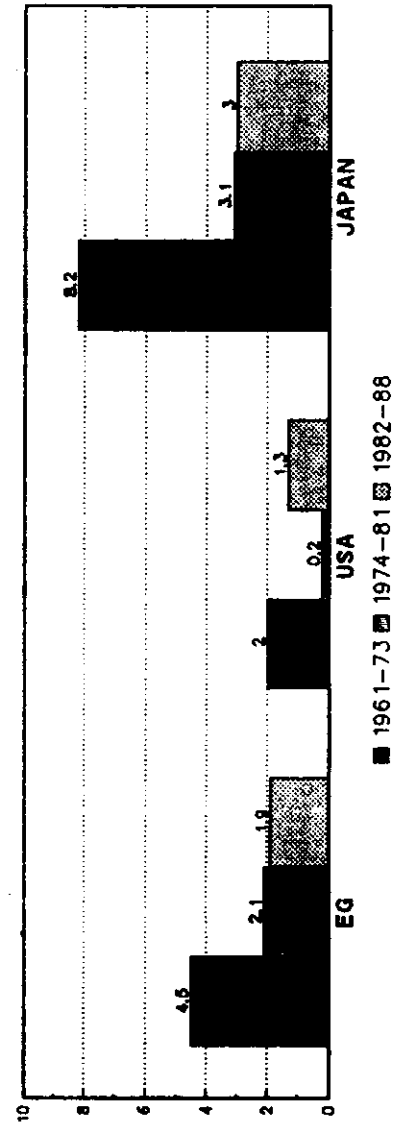
BIP PRO BESCHAFTIGTEN

1988 in Kaufkraftparitäten

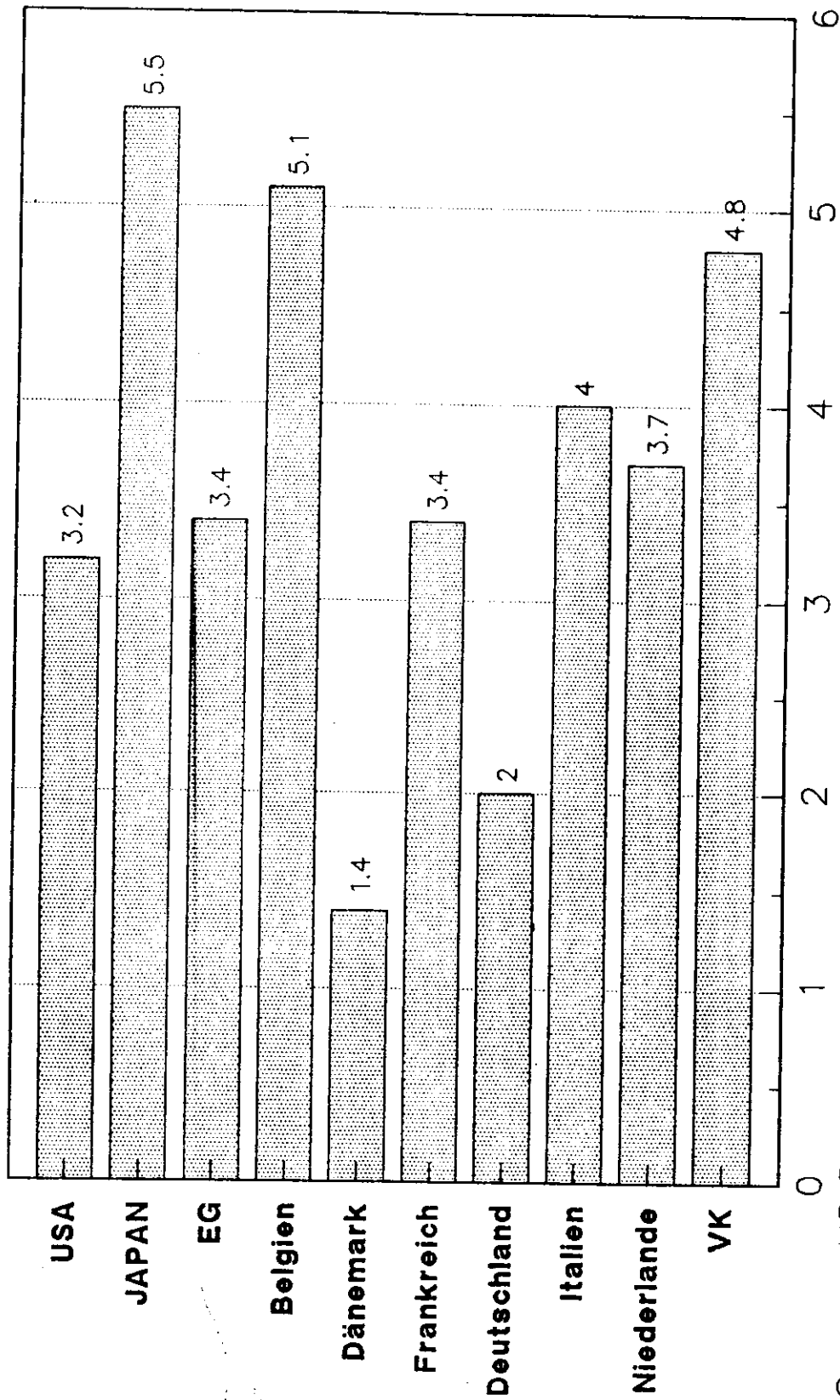


ZUNAHME DES BIP PRO BESCHAFTIGTEN

IN % JÄHRLICH



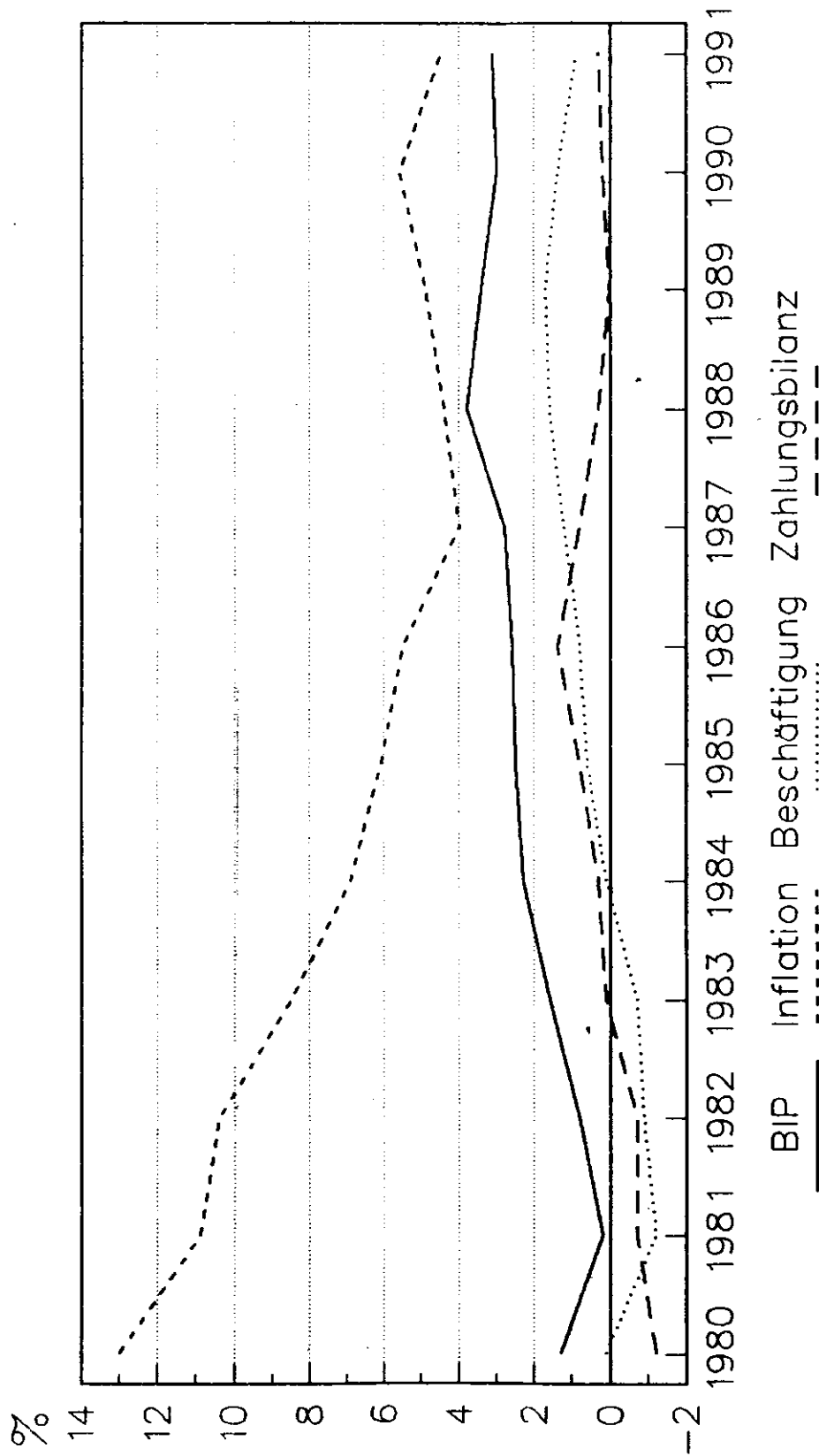
Entwicklung der Produktivität im produzierenden Gewerbe in % jährlich 1979-1989



Source: US Department of Labor

WICHTIGSTE WIRTSCHAFTSINDIKATOREN

(jährliche prozentuale Veränderung des BIP, der
BIP-Preise und der Beschäftigung sowie der laufenden Posten*)

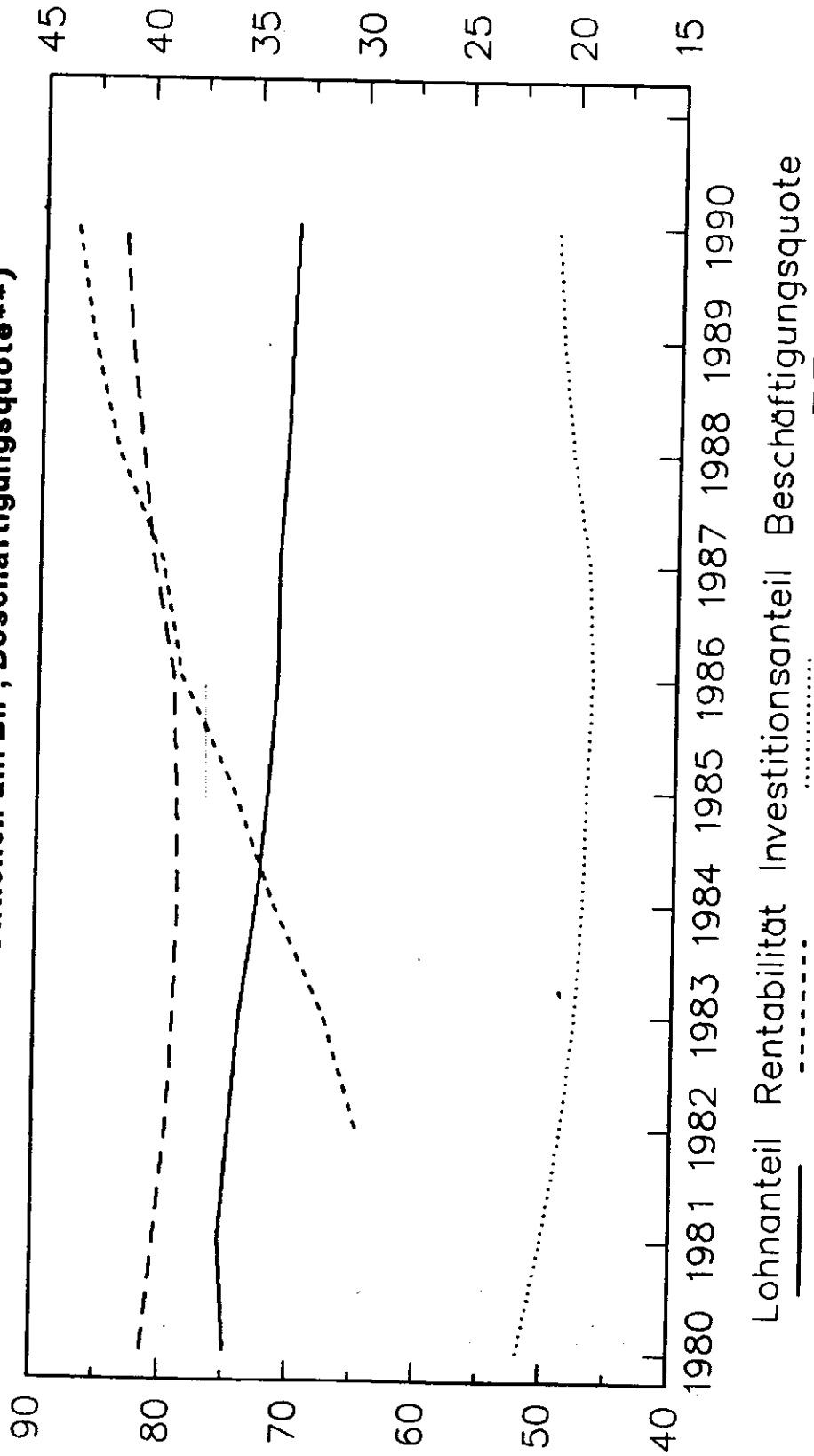


Quelle: Europäische Wirtschaft

* in % des BIP

INDIKATOREN DER ANPASSUNG

(bereinigter Lohnanteil am BIP, Rentabilität*,
Anteil der Investitionen am BIP, Beschäftigungsquote**)



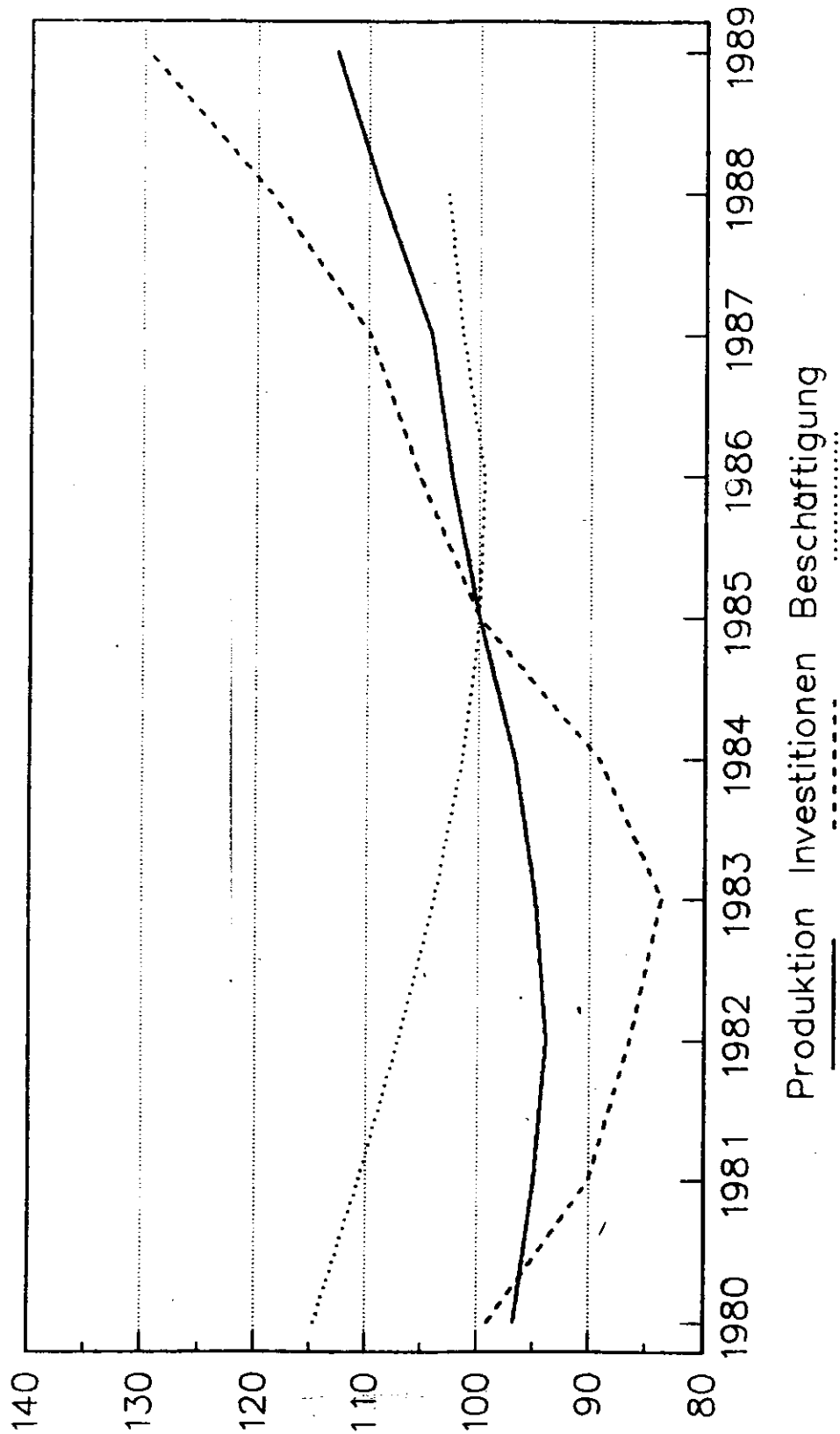
Quelle: Europäische Wirtschaft

* Index: 1961-73 = 100

** Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung

ENTWICKLUNG DER PRODUKTION, DER INVESTITIONEN UND DER BESCHÄFTIGUNG IN DER INDUSTRIE

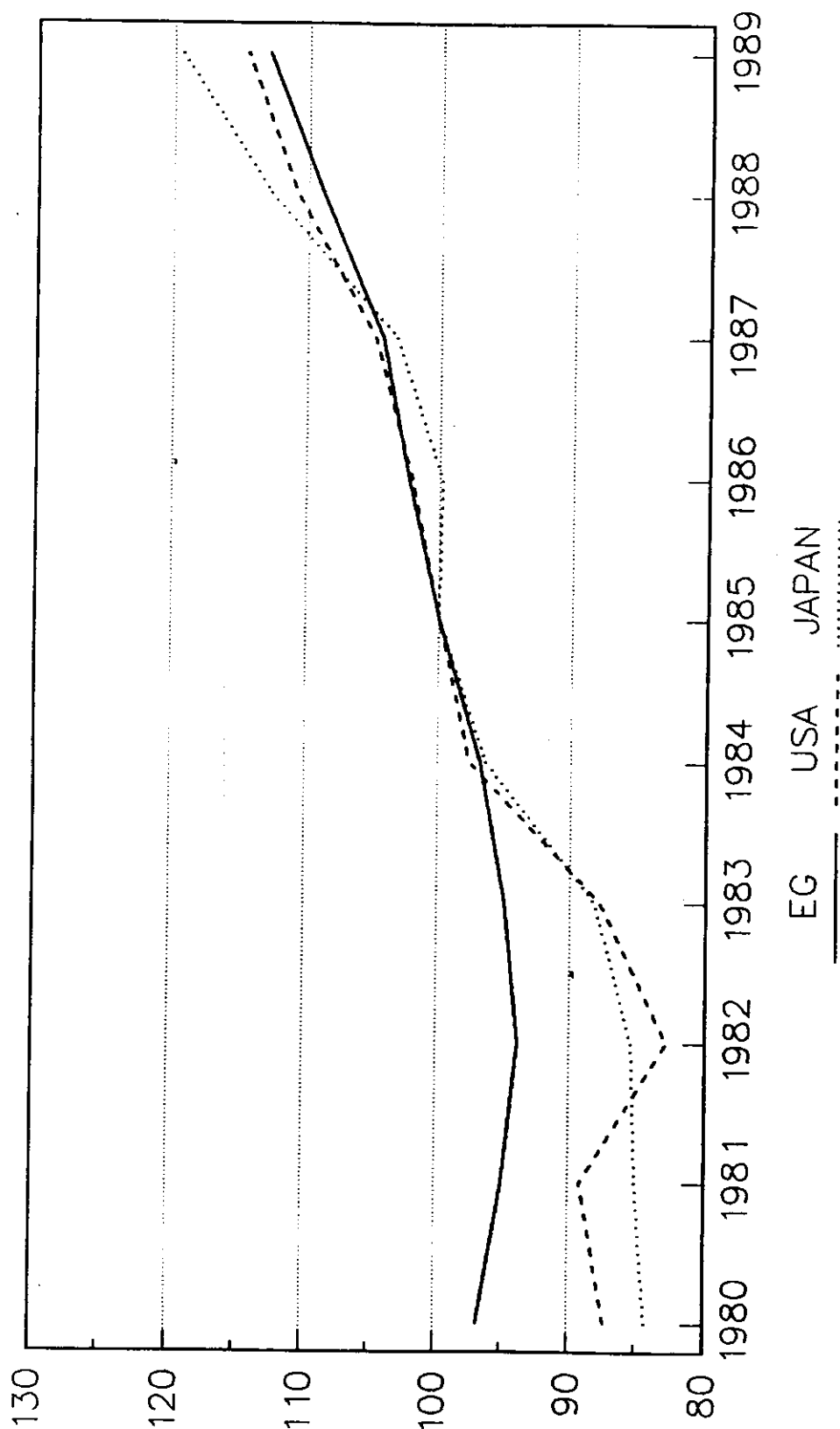
EUR 12 1985 = 100



Quelle: EUROSTAT und Erhebung über EG-Investitionen

ENTWICKLUNG DER INDUSTRIELLEN PRODUKTION IN DER EG, DEN USA UND JAPAN

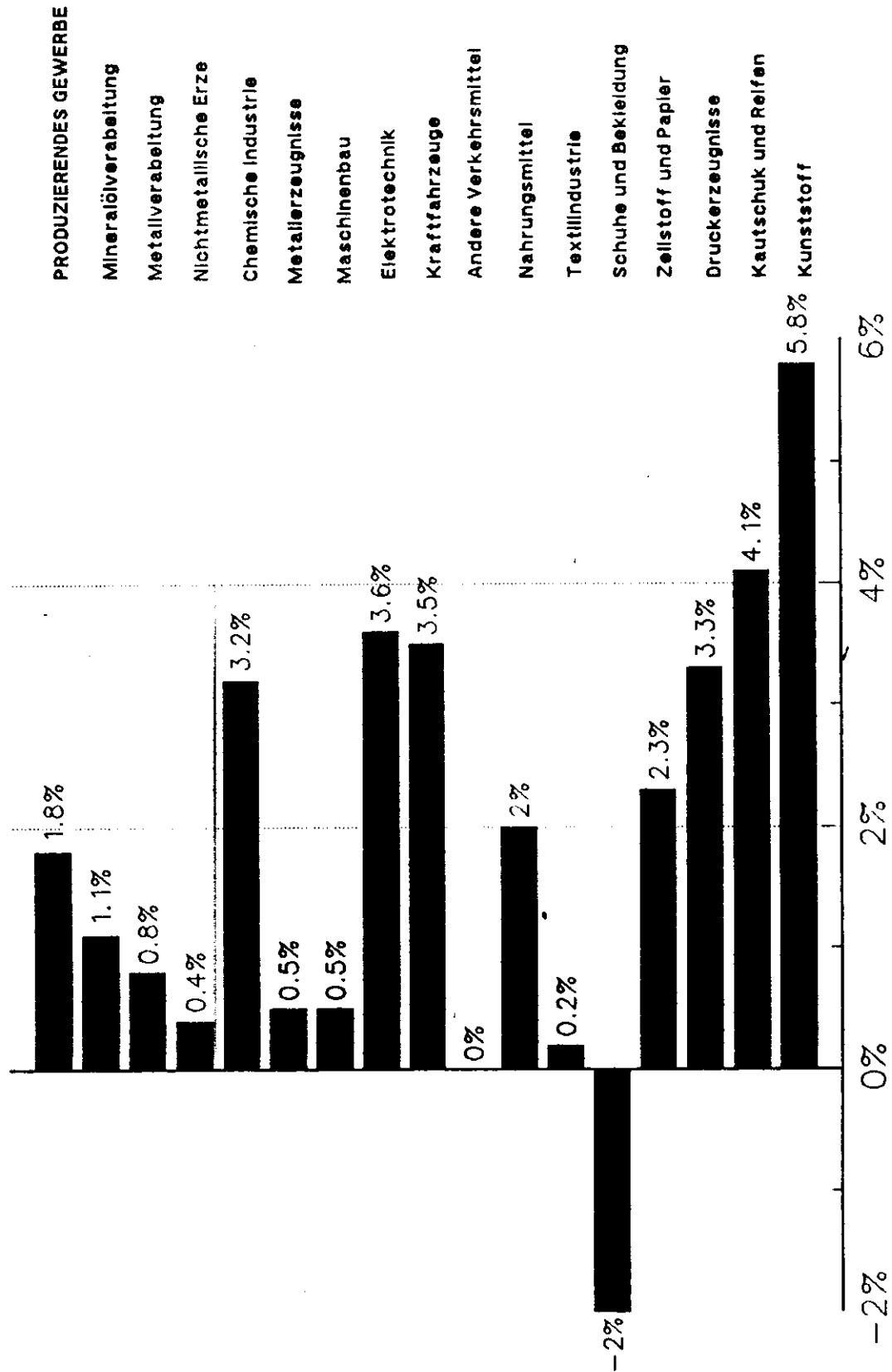
1985 = 100



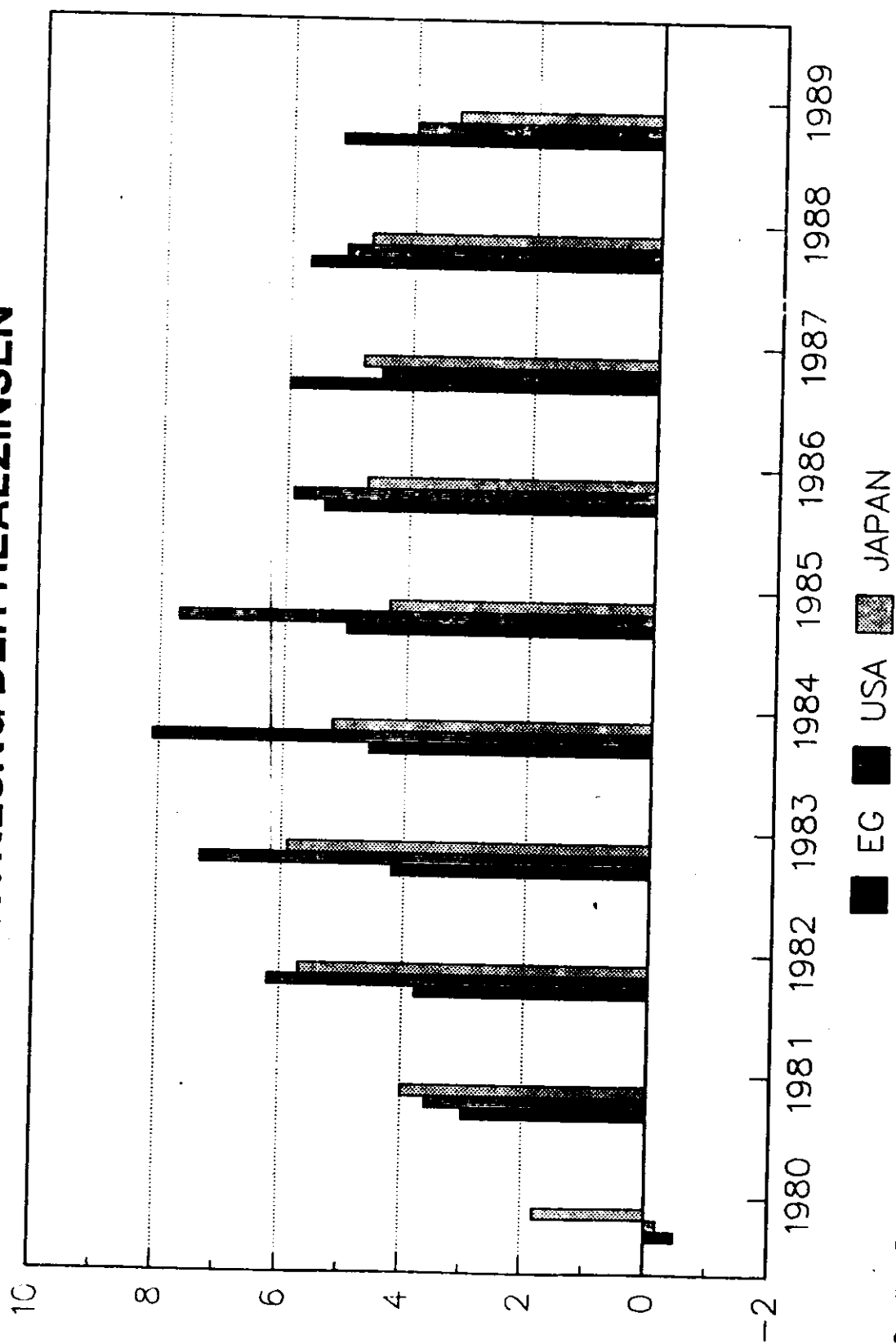
Quelle: EUROSTAT Industriekonjunktur

INDUSTRIEPRODUKTION NACH SEKTOREN

Durchschnittliche jährliche Veränderung in % 1980-1989

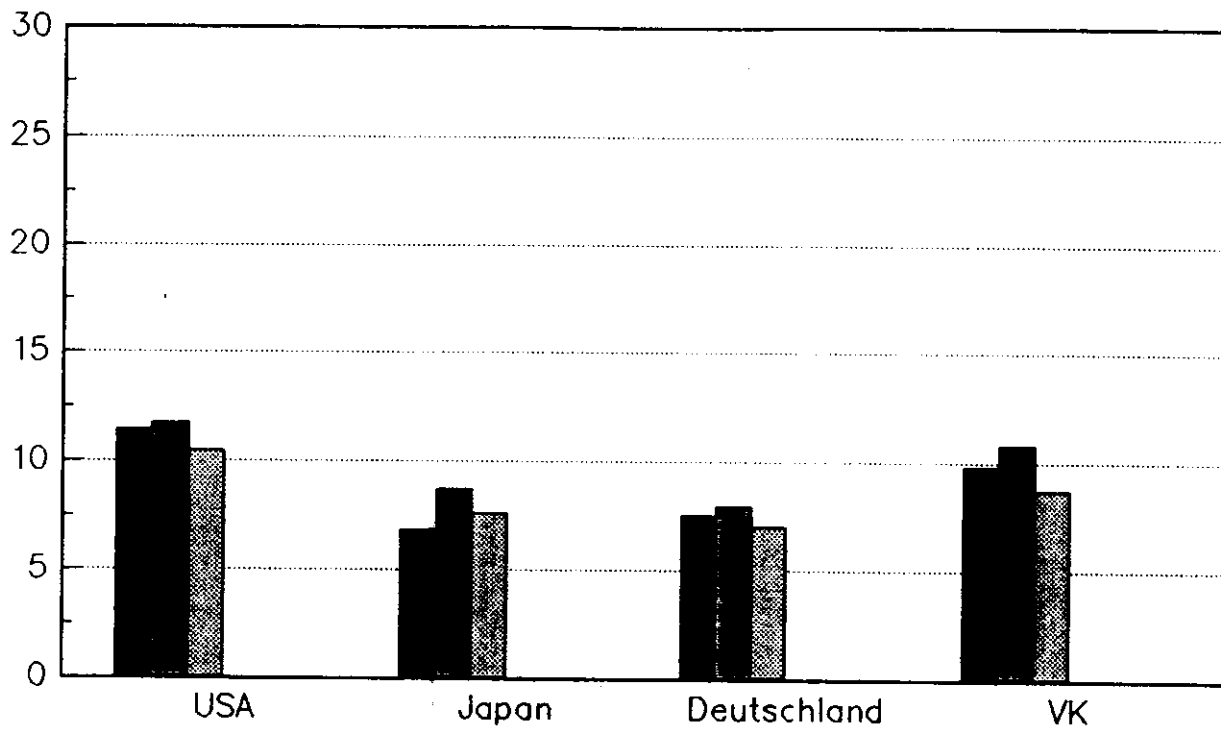


ENTWICKLUNG DER REALZINSEN

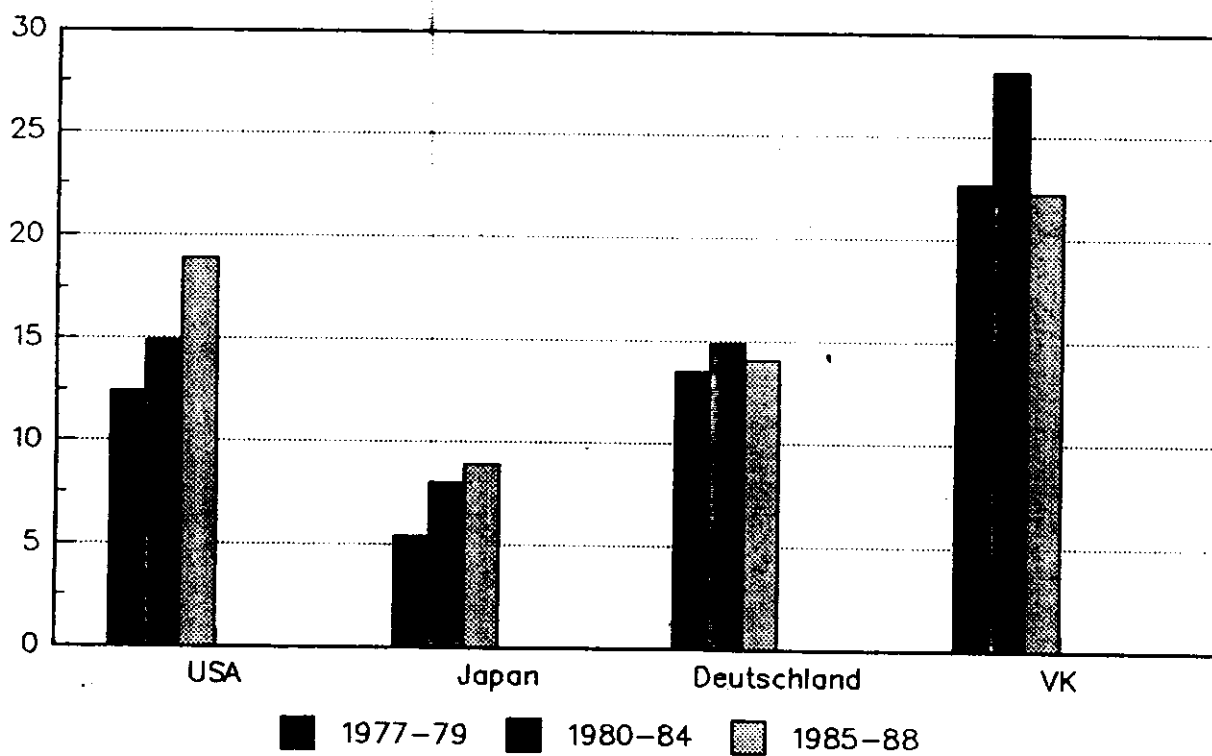


Quelle: Europäische Wirtschaft

Kapitalkosten für Ausrüstung und Maschinen



Kapitalkosten für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben



Quelle: Federal Reserve Bank of New York

ENTWICKLUNG DER INDUSTRIEPRODUKTION 1985 = 100

Sektor	1980	1989	Jährliche Zunahme in %
Bergbau und Gewinnung	96.9	84.1	-2.3%
Verarbeitendes Gewerbe	98.3	115.5	1.8%
Mineralölverarbeitung	91	100.1	1.1%
Erzeug. v. Metallen	101.5	108.7	0.8%
Eisen und Stahl	102	123	2.1%
Ind.Steine u.Erden	113	117.3	0.4%
Baumaterial	119	111.8	-0.7%
Herstellung v.Glas	95.3	114.2	2.0%
Keramischen Erzeugnissen	107.7	116.2	0.8%
Chemische Industrie	86.4	114.6	3.2%
Metallverarb. Ind.	110.8	116.4	0.5%
Giesserei	113	117	0.4%
Kessel-und Behälterbau	108	114	0.6%
Handwerkzeugen	107	99	-1.0%
Verpackungen aus Metall	95	99	0.5%
Maschinenbau	106.5	115.2	0.9%
Vorrichtungen für Maschinen	120	116	-0.4%
Metallbearbeitungsmaschinen	104	101	-0.4%
Textilmaschinen	100	114	1.5%
Elektrotechnik	87.3	119.6	3.6%
Elektro-Haushaltsgeräten	108.2	120	1.3%
Elektr. Leuchten	99.8	123.2	2.4%
Her.v.Rundfunk- Geräten	122.1	138.5	1.6%
Bau v.Kraftwagen	93.7	127.7	3.5%
Fahrzeugbau ohne Kraftwagen	111.7	112	0.0%
Schiffbau	128	67	-10.3%
Her.v.Schienenfahrzeugen	114	77	-5.5%
Luftfahrzeugbau	79	119	6.0%
Nahrungsmittel Industrie	93	111.1	2.0%
Schlachtereien	84.2	118.3	3.9%
Be-und Verarbeitung v. Milch	95.9	107.9	1.3%
Textil Industrie	103.4	105.5	0.2%
Ledergewerbe	85	99	1.9%
Schuh- und Bekleidung	109.3	91	-2.0%
Be- und Verarbeitung v. Holz	121.3	119.3	-0.2%
Papier- und Pappenerzeugung	94.7	122.9	2.9%
Druckerei	100	133.9	3.3%
Verarbeitung v. Gummi	92.5	122.9	3.2%
Kunststoffen	92	129	5.8%
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe			
Musikinstrumenten	104	106	0.2%
Spiel-und Sportwaren	120	106	-1.4%
Industrie insgesamt	96.8	113	1.7%

Quelle: EUROSTAT und Panorama der EG-Industrie

**WETTBEWERBSSITUATION DER GEMEINSCHAFTSINDUSTRIE NACH
SEKTOREN
1988**

Sektor	NACE Code	Aus- führen (in % der Produktion)	Ein- führen	Verhältnis Aus/Ein
<i>Sehr günstige Position: Gruppe A</i>				
Pelzen und Pelzwaren	456	64.2	56.4	1.1
Textilmaschinen	323	50.5	26	1.9
Maschinen für Wirtschaftszweige	327	34.8	20.3	1.7
Medizinmechanischen Erzeugnissen	372	32.3	30	1.1
Maschinen für Nahrungsmittel	324	31.4	12.4	2.5
Stahlrohren	222	30.7	11.9	2.6
Spirituosen	424	16.5	1.5	11.0
Herstellung v. Mineralerzeugnissen	245	15.7	4.3	3.7
Schienenfahrzeugen	362	12.8	3	4.3
<i>Günstige Position: Gruppe B</i>				
Feinmechanischen Erzeugnissen	371	28.8	22.9	1.3
Maschinenwerkzeugen	322	26.4	15.5	1.7
Antriebs-elementen	326	24.5	15.4	1.6
Schleifkörpern	246	23.3	13.3	1.8
Bergwerksmaschinen	325	23.2	11.5	2.0
Schiffbau	361	20.5	12.3	1.7
Keramischen Erzeugnissen	248	20	6.9	2.9
Landwirtschaftlichen Maschinen	321	18	7.7	2.3
Ziehereien und Kaltwalwerke	223	16.9	8.2	2.1
Elektrischen Leuchten	347	16.5	10.8	1.5
Kraftwagen	351	15.6	9.4	1.7
Elektromotoren	342	15.5	10.8	1.4
Pharmazeutischen Erzeugnisse	257	15.3	7	2.2
Gewerblichen Elektrogeräten	343	15.4	14.6	1.1
Anderen chemischen Erzeugnissen	256	14.4	9	1.6
Elektro-Haushaltsgeräten	346	13.2	11	1.2
Einzelteilen für Kraftwagen	353	13.1	5.3	2.5
Eisen und Stahl	221	12.8	6.6	1.9
Glas	247	12.3	7.1	1.7
EBM-Waren	316	11.8	7.7	1.5
Kunststoffen	483	11.1	7.5	1.5
Holzmöbeln	467	10.6	6	1.8
Seife	258	9.2	1.7	5.4
Metallkonstruktionen	314	9	2.5	3.6
Traubenwein	425	8.4	0.1	84.0
Druck- und Abziehfarben	255	6.7	1.9	3.5
Karosserien und Anhängern	352	6.1	1.4	4.4
Verarbeitung v. Milch	413	6	1.3	4.6
Kessel- und Behälterbau	315	5.4	1	5.4
Ziegelei	241	4.1	0.2	20.5
Brauerei und Mälzerei	427	3.5	0.2	17.5
Teigwaren	417	2.9	0.3	9.7
Backwaren	419	2.6	0.8	3.3
Alkoholfreien Getränken	428	2.1	0.4	5.3
Baustoffen	243	1.5	0.2	7.5

Positive Bilanz: Gruppe C

Asbestwaren	244	9.6	3.3	2.9
Verarbeitung Papier und Pappe	472	7.1	6	1.2
Stahlverformung	313	6.3	4.5	1.4
Druckerei	473	6.1	2.6	2.3
Suswaren	421	6	2.6	2.3
Mahl- und Schälmlühlen	416	5.5	2.4	2.3
Gieresserei	311	5.2	2.5	2.1
Reparatur v. Bereifungen	482	5.1	2	2.6
Elektrokabeln	341	4.1	3	1.4
Hammerwerke	312	3.5	1.5	2.3
Futteritteln	422	2.8	2.2	1.3
Zement	242	2.5	0.9	2.8
Verpackungsmitteln aus Holz	464	2.2	0.8	2.8
Tabakverarbeitung	429	1.7	0.8	2.1

Bilanz Ausfuhr/Einfuhr = 1

Luftfahrzeugbau	364	25.8	25.2	1.0
Chemiefaserindustrie	260	25.4	24.6	1.0
Korkwaren, Pinseln	466	19.9	20.2	1.0
Textilgewerbe	430	16.4	17.1	1.0
Filmlabors	493	5	4.8	1.0

Negativ Bilanz: Gruppe D

Verarbeitung v. Fischen	415	9.4	25.1	0.4
Baumaterial	231	8.1	9.7	0.8
Ölen und Fetten	411	6.4	18.9	0.3
Halbwaren aus Holz	462	5.6	22.3	0.3
Schlacterei	412	5.2	6.4	0.8
Serienherstellung aus Holz	463	4.1	7.4	0.6

Ungünstige Position: Gruppe E

Musikinstrumenten	492	28.6	50.5	0.6
Spiel und Sportwaren	494	25.7	47.4	0.5
Erzeugung v. NE-Metallen	224	21.6	45.7	0.5
Sonstige chemische Erzeugnisse	259	20.5	25.6	0.8
Büromaschinen	330	20.5	37.4	0.5
Schuhen	451	20.2	68.1	0.3
Gerbererei v. Leder	441	19.9	22.6	0.9
Rundfunktechnischen Geräten	345	19.9	38.7	0.5
Wirkerei und Strickerei	436	19.5	26.2	0.7
Teppiichen	438	18.9	20.8	0.9
Fahrräderns	363	14.2	29	0.5
Bekleidung	453	13.1	23.6	0.6
Sonstigen Holzwaren	465	11.7	16.3	0.7
Verarbeitung v. Obst und GemÜse	414	10.2	0.5	
Zellstoff, Papier und Pappe	471	8.4	36.7	0.2
Bearbeitung v. Holz	461	5.3	54	0.1
Stärken	418	3	12.3	0.2
Kalialz- und Phosphatbergbau	232	0	13.7	0.0

Sehr ungünstige Position: Gruppe F

Schmiedewaren	491	205.7	915.5	0.2
Optischen Geräten	373	52.8	61.8	0.9
Uhren	374	52.2	71.3	0.7
Lederwaren	442	40.9	43.3	0.9
Verarbeitung v. Gummi	481	13.4	59.4	0.2